

DIESE WOCHEN - Christoph Erb über das Berner Gewerbe und die Probleme um das KKW Mühleberg.

KÜNDIGUNGSSCHUTZ - Der sgv lehnt die Gesetzesrevision kategorisch ab und macht eigene Vorschläge.

VOLKSABSTIMMUNG - Die «Waffenschutz-Initiative» ist ein grosser Schritt auf dem Weg zur Abschaffung der Armee.

SCHWEIZERISCHE Gewerbezeitung

AZA 3001 Bern

DIE WOCHENZEITUNG FÜR KMU

DIE MEINUNG



Hans-Ulrich Bigler,
Direktor Schweizerischer
Gewerbeverband sgv

Die SP mag nicht mitdiskutieren

Die Vertreterinnen und Vertreter der Sozialdemokratischen Partei gefallen sich vornehmlich in ihren Wahlauftritten darin, unermüdlich und bis zum Abwinken auf ihre konstruktive Politik hinzuweisen. Egal ob in der «Arena», in Radiointerviews oder Zeitungsartikeln, überall ist selbstgefällig von Lösungsorientierung die Rede. Anstatt zu poltern, sei die SP dialogfähig und würde tragfähige Mehrheiten suchen.

Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. An der diesjährigen Gewerblichen Winterkonferenz in Klosters setzte sich der sgv unter dem Thema «Was machen die Parteien für die KMU?» intensiv mit den eidgenössischen Wahlen vom kommenden Herbst auseinander. Bereits im Oktober wurde die SP-Parteileitung eingeladen, in Klosters mitzureden. Daraus entwickelte sich ein reger Mailverkehr, der seit Anfang Jahr fast in Tageskadenz geführt wurde.

Schliesslich kam, nur gerade zwei Tage vor Tagungsbeginn, aus der SP-Parteizentrale die finale Kapitulation mit folgendem O-Ton: «Soeben haben wir leider eine weitere (wohl letzte) Absage für den Winteranlass erhalten. Wir haben nun sämtliche Mitglieder der SP-Bundeshaushaltsfraktion angefragt und den Kreis sogar noch auf einige kantonale und städtische SP-Vertreter/-innen erweitert. Wir können Ihnen jedoch schweren Herzens niemanden delegieren.»

Der sgv kennt – wenn auch in leichter Variation – dieses Bild schon vom letzten Jahr. Damals war die SP-Bundesrätin, Micheline Calmy-Rey, eingeladen, zum Thema «Nutzen der Aussenpolitik für die KMU-Wirtschaft» zu sprechen. Nachdem sie ursprünglich zugesagt hatte, zog sie es im letzten Moment vor, durch Abwesenheit zu glänzen und – angeblich aus Witterungsgründen – in Bern zu bleiben...

Gerne hätte der sgv mit Vertretern der SP den Dialog geführt. Aber offensichtlich scheuen sich die Parteipolitiker genau vor dem am meisten, dessen sie sich sonst bei jeder Gelegenheit über den grünen Klee hinaus rühmen. Das ist eigentlich ein Armutszeugnis für eine Partei, die für sich selber laut Homepage-Eintrag in Anspruch nimmt, Ja zu einer Schweiz des Miteinanders statt des Gegeneinanders zu sagen. Vor diesem Hintergrund müsste sich die SP gelegentlich selbstkritisch der Frage stellen, ob allenfalls eine Korrektur des neuen Parteilogos (Ja SP) angebracht wäre...

KLOSTERS 2011 - Die 62. Gewerbliche Winterkonferenz brachte spannende Referate und Diskussionen zur Positionierung der KMU im Wahljahr 2011 und zur Problematik der Berufsbildung.

Auftakt ins Wahljahr geglückt



«Klostern 2011» stand auch für die erfolgreiche Berufsjugend: 39 Berufs-Schweizer-Meisterinnen und -Meister werden im Herbst die Schweiz an den WorldSkills in London vertreten. Sie wurden an der 62. Gewerblichen Winterkonferenz im Beisein von Bundesrat Ueli Maurer geehrt.

dien zur Berufsbildung einen Spitzenplatz belegt. Wollte sie diesen behalten, so müsse sich die Schweiz darum bemühen, die Stärken des Berufsbildungssystems aufrecht zu erhalten.

«Wir fordern genau zu diesem Zweck eine bessere Finanzierung der Vorbereitungskurse auf Berufs- und Höhere Fachprüfungen», sagte die sgv-Bildungsverantwortliche Christine Davatz. Konkret brauche es jährlich zusätzliche 500 Millionen, um der Gleichwertigkeit gegenüber den Hochschulen endlich einen Schritt näher zu kommen.

Kein Wohlstand ohne Sicherheit

Zum Abschluss von «Klostern 2011» warb Verteidigungsminister Ueli Maurer um die Unterstützung der KMU-Wirtschaft für eine starke Armee. «Sicherheit und Wohlstand hängen zusammen», sagte der VBS-Chef. Er bat zudem um eine deutliche Ablehnung der «Waffenschutz-Initiative», die am 13. Februar an die Urne kommt. «Das Wegnehmen der Waffen zerstört das Vertrauensverhältnis zwischen den Bürgern und ihrem Staat», sagte Maurer. Danach widmete sich der SVP-Magistrat der Berufsjugend: Er ehrte die im vergangenen Jahr an den EuroSkills in Lissabon erfolgreichen jungen Schweizer Berufsleute, indem er deren Diplome signierte und sie ihnen persönlich überreichte.

En

BERICHTE AUF SEITEN 2-4

LINK

www.sgv-usam.ch

«KMU im Zeichen von Politik und Wahlen 2011»: Unter diesem Titel lief die 62. Gewerbliche Winterkonferenz vom 12. bis zum 14. Januar im bündnerischen Klosters. Rund 200 Vertreter aus KMU-Wirtschaft, den Verbänden und der Politik trafen sich – animiert von vielseitigen Inputs hochkarätiger Referenten – zum Gedankenaustausch.

Einen ersten Höhepunkt erreichte «Klostern» bereits am Eröffnungsabend mit einer Diskussion über die «Abzocker-Initiative». Deren Urheber Thomas Minder bat mit einem flammenden Votum um Unterstützung für sein Anliegen. Minder plädierte für eine Wirtschaftspolitik, die sich wieder nach den Bedürfnissen der kleinen und mittleren Unternehmungen richten soll statt auf das Erreichen immer utopischerer Gewinnvorstellungen.

Gewerbe nimmt Einfluss

Als Auftakt ins Wahljahr hatte der sgv – rechtzeitig für «Klostern» – ein Rating über die KMU-Freundlichkeit des Nationalrats erstellen lassen (vgl. sgz vom 14. Januar). Sozialgeograf Michael Hermann, der das Rating erstellt hatte, erläuterte die Resultate. Am meisten Unterstützung erhält der sgv demnach vom rechten Flügel der FDP. Der sgv liege, so Hermann, «entgegen anders lautenden Behauptungen, keineswegs einfach auf SVP-Linie».

Kommunikationsberater Iwan Rickenbacher empfahl dem sgv im Hinblick auf die Wahlen im kommenden Oktober, die volkswirtschaftliche Bedeutung der KMU noch stärker ins öffentliche Bewusstsein zu rücken und die Kandidierenden mit entsprechenden Unterlagen auszurüsten. Dem sgv biete sich die

Chance, sich als «Anwalt des Mittelstands» zu profilieren und so mitzuwirken, dass vermehrt Unternehmerpersönlichkeiten den Sprung nach Bern schaffen. sgv-Präsident Nationalrat Bruno Zuppiger verlangte, dass jene Kandidierenden, welche die Plattform der kantonalen Gewerbeverbände nutzen wollten, sich zu den Grundwerten des sgv bekennen müssten. Die Arbeit in den Kantonen zur Unterstützung gewerbefreundlicher Kandidaturen müsse jetzt sofort beginnen.

Berufsbildung: Spitze bleiben!

Zweites grosses Thema in Klosters war die duale Berufsbildung. Laut OECD-Bildungsexpertin Kathrin Hoekel ist die Zusammenarbeit zwischen den Sozialpartnern besonders wichtig für die Tatsache, dass die Schweiz in allen internationalen Stu-

BILLAG-GEBÜHREN - Die Hartnäckigkeit des sgv hat sich gelohnt: Die grosse Mehrheit der KMU soll entlastet werden.

Der Durchbruch ist nun gelungen

Seit mehr als einem Jahr setzt sich der sgv für KMU-freundliche Regelungen bei den heute abzockerischen Radio- und TV-Gebühren ein. Dieses von vielen als «Kampf gegen Windmühlen» empfundene Engagement, das auf der verbindlichen Grundlage einer Resolution der Gewerkekammer basiert, trägt nun Früchte. Die ständerrätliche Kommission für Verkehr

und Fernmeldewesen (KVF) hat sich diese Woche mit 13 zu 0 Stimmen für eine Motion ausgesprochen, welche die Gebührenpflicht für die KMU auf ein vernünftiges Mass beschränkt. Mit dem Vorstoss wird der Bundesrat u.a. beauftragt, bei der vorgesehenen Einführung der geräteunabhängigen Gebührenpflicht generell Kleinbetriebe vor unzumutbaren Doppelbelas-

tungen zu schützen. Die Motion bleibt aber nicht bei vagen Wunschvorstellungen, sondern fordert konkrete Schritte in Form von Gebührenbefreiungen. Kleine Gewerbeunternehmen sowie Fabrikations-, Dienstleistungs- und Landwirtschaftsbetriebe sollen ebenso keine Abgaben leisten müssen wie Haushalte mit tiefen Einkommen. Nach Auffassung des sgv fallen in die Kategorie «Kleinunternehmen» Firmen mit weniger als 50 Voll-Arbeitskräften.

Einen weiteren Etappensieg für den sgv stellt die in der KVF-Motion vorgesehene Einführung der Pflicht zur Transparenz und Offenlegung der Jahresrechnung für das beauftragte Inkassounternehmen dar. Dagegen hat sich die Billag bislang vehement gewehrt.

Gewerbedirektor Hans-Ulrich Bigler freut sich über die Entscheide der KVF. «Damit werden die meisten An-



Die parlamentarischen Weichen sind richtig gestellt: Für die meisten KMU soll es künftig keine Billag-Rechnungen mehr geben.

liegen aufgegriffen, die wir 2010 zusammen mit Gewerbeparlamentariern in vier Motionen formuliert hatten.» Bigler ist zuversichtlich, dass beide Räte die Frage der Billag-Gebühren im Sinne des KVF-Vorstosses regeln werden. «Die Weichen sind jetzt gestellt – und zwar in die richtige Richtung.»

Lu

KMU IM WAHLJAHR – Das vom sgv veröffentlichte KMU-Rating der eidgenössischen Parlamentarier war auch Thema der 62. Gewerblichen Winterkonferenz in Klosters. Resultat: Das Gewerbe kann und soll auf die Kandidaten Einfluss nehmen.

«Der sgv ist Anwalt des Mittelstands»



«Die Arbeit für die Wahlen 2011 muss jetzt getan werden, im Frühling ist es dafür zu spät»: sgv-Präsident Bruno Zuppiger im Gespräch mit (v.l.) Hans M. Richele (Präsident KGV St. Gallen), Kathrin Anderegg (Präsidentin Berner KMU) und Silvan Hotz (Präsident KGV Zug).

Die 62. Gewerbliche Winterkonferenz von Mitte Januar war zugleich der Auftakt ins Wahljahr 2011. Der sgv liess zu diesem Zweck ein Rating erstellen, um aufzuzeigen, wie der Nationalrat in der laufenden Legislatur

mit KMU-Themen umgegangen ist. Das gleichentags in der NZZ veröffentlichte KMU-Verhalten der Parteien und ihrer Exponenten gab denn auch in Klosters Anlass zu Diskussionen. Der Autor des Ratings, der Zürcher

Sozialgeograf Michael Hermann, erläuterte, welche Geschäfte – von der AHV-Revision bis zu den Kinderzulagen – und welche Themen (Wirtschaft, Sozialwerke, Finanzen, Energie usw.) in die Ausmarchung einge-

flossen sind. Das Resultat: Am meisten Unterstützung erhält der Schweizerische Gewerbeverband sgv vom rechten Flügel der FDP und vom pragmatisch-wirtschaftsnahen Teil der SVP. Ein Vergleich mit dem ebenfalls von Hermann regelmässig erhobenen Rating nach dem Links-rechts-Schema ergibt laut dem Politgeografen denn auch: «Der sgv liegt keineswegs, wie gelegentlich behauptet, auf SVP-Linie.»

«Gewerbeverträglichkeit» prüfen

Kommunikationsberater Iwan Rickenbacher ging der Frage nach, wie Gewerbe und Parteien gemeinsam für die anstehenden Wahlen mobilisieren können. «Die Landwirte beweisen, dass es möglich ist, den eigenen Stand an die Urne zu bringen», stellte der frühere CVP-Generalsekretär fest. Der erfahrene Politbeobachter sagte, der sgv könne mit Sachkenntnis und der Themenführerschaft in KMU-relevanten Fragen durchaus dafür sorgen, dass vermehrt Unternehmenspersönlichkeiten den Sprung ins Parlament schaffen. Der Gewerbeverband sei, gemessen an den klassischen Verbandskriterien, «mächtig». Er bündele die Interessen seiner Mitglieder und habe einen direkten Zugang zu Politik und Medien. Allerdings nehme die par-

teipolitische Homogenität seiner Mitglieder weiter ab. Der Gewerbeverband müsse daher die volkswirtschaftliche Bedeutung der KMU noch stärker ins öffentliche Bewusstsein rücken und entsprechende Informationsgrundlagen für die Kandidierenden bereitstellen. Die Nutzung nationaler und regionaler Gewerbeanlässe sei zum Erreichen des Ziels – mehr Unternehmer im Parlament – ebenso bedeutsam wie etwa eine «Gewerbeverträglichkeitsprüfung» von Parteiprogrammen und der Kandidierenden selber.

Der sgv habe, so Rickenbacher weiter, «eine grosse Chance, sich als Anwalt des Mittelstandes zu profilieren», also der Bevölkerungsgruppe ab 45 Jahren mit mittlerem Einkommen und guter Ausbildung. Der Kommunikationsberater empfahl, dass sich der sgv – wie auch die kantonalen und regionalen Gewerbeverbände – nicht auf Parteien fokussieren sollten, sondern auf Persönlichkeiten. Dies unter anderem, indem den Kandidierenden Auftrittsmöglichkeiten an Gewerbeanlässen geboten würden. Überdies empfahl Rickenbacher dringend «saubere, transparente Kriterien bei der Parteienfinanzierung». Das Thema werde sowohl im wie auch nach dem Wahlkampf auf grosses Interesse stossen.

Rating hilft bei der Auswahl

Charles Liebherr, Wirtschaftsredaktor von Radio DRS, moderierte die abschliessende Diskussion zur Umsetzung des Gehörten in die Praxis. Teilnehmer waren sgv-Präsident Bruno Zuppiger, sgv-Vizepräsidentin Kathrin Anderegg in ihrer Funktion als Präsidenten der Berner KMU sowie Hans M. Richele (Präsident KGV St. Gallen) und Silvan Hotz (Präsident KGV Zug). Ein KMU-Rating sei als «Arbeitsinstrument» durchaus tauglich, sagte Anderegg, weshalb man dieses Mittel im Kanton Bern schon früher eingesetzt habe. Aber müssten die Gewerbeverbände KMU-freundliche Kandidierende auch tatsächlich besser präsentieren und «verkaufen».

Ein Rating helfe bei der Auswahl, wen die KGV unterstützen sollten, hielt Hotz fest und sagte: «Vor den Wahlen sind sie alle gewerbefreundlich. Das Rating kann aufzeigen, was nach den Wahlen dann auch tatsächlich umgesetzt wird.» Mit Blick auf den Kanton Zug meinte Hotz: «Der KGV unterstützt den sgv in seinem Kampf gegen ungerechtfertigte Billag-Gebühren. Wenn uns dann unser «eigener» Ständerat in dieser Frage im Stich lässt, so ist dies eben wirklich nicht im Interesse der KMU...» Richele hiess das Rating als «Hilfsmittel für die Wählerschaft» willkommen, bemängelte aber auch, dass es «die wichtige Arbeit hinter den Kulissen», in den Kommissionen also, nicht abbilde.

Die Arbeit beginnt jetzt

Die Kandidierenden sollten die Grundwerte des sgv teilen, forderte Zuppiger; das Rating sei dafür nur eines von verschiedenen Messinstrumenten. Die vom Gewerbe zu unterstützenden Kandidaten müssten zwingend auf die vorderen Listenplätze gesetzt werden, um bei den Wahlen im Oktober eine Chance zu haben. «Und es ist klar: Diese Arbeit muss jetzt getan werden – im Frühling ist es dafür zu spät.»

Gerhard Enggist

ORDNUNGSPOLITIK – Pierre Bessard und Hans-Ulrich Bigler zeigten, wie wichtig eine Beschränkung der Staatsausgaben auf das Notwendige wäre.

Staat mindert den Wohlstand

Pierre Bessard, Direktor des in Zürich ansässigen Liberalen Instituts, zeigte am Donnerstagnachmittag in Klosters in seinem Referat «Liberaler Ordnungspolitik oder staatliche Knechtschaft?» auf, wie schädlich eine zu hohe Staatsquote ist. «Je höher die Staatsquote ist, desto geringer ist der Wohlstand eines Landes», erklärte Bessard. Er stützte sich dabei auf empirische Erhebungen. Ein Anstieg der Staatsquote um zehn Prozent habe einen Rückgang des Wohlstands um ein Prozent zur Folge. Staatliches Eingreifen sei immer teuer, da durch Steuern und Gebühren dem Wirtschaftskreislauf Ressourcen entzogen würden. Ein Rückzug des Staates aus gewissen Bereichen sei nicht automatisch mit einem Angebotsverlust gleichzusetzen, da Private besser, zielgerichteter und günstiger als der Staat produzieren könnten. «Ein starker Staat verhindert vielfach private Angebote», so Bessard. Als Beispiel nannte er den Schweizer Medienmarkt, in dem 7 TV- und 18 Radioprogramme der SRG zwangsfinanziert würden. Pierre Bessard betonte, dass die liberale Denkschule keineswegs eine Staatsquote von null Prozent anstrebt. «In einer westlichen Gesellschaft wäre eine Staatsquote von 15 bis 18 Prozent optimal», so der Direktor des Liberalen Instituts. Die Staatsquote liegt in der Schweiz derzeit bei 29 Prozent, wobei allerdings die Krankenkassengebühren, die Billag-Abgaben oder die Einzahlungen für die zweite Säule nicht einberechnet sind.

sgv will flexible Sozialversicherungen

sgv-Direktor Hans-Ulrich Bigler zeigte anschliessend auf, wie gross das



Die Nationalratsmitglieder (v.l.) Caspar Baader (SVP/BL), Peter Malama (FDPI/BS) und Ida Glanzmann (CVP/LU) wurden von SRF-Bundesredaktor Gion-Duri Vincenz auf ihre KMU-Freundlichkeit geprüft.

Einsparungspotenzial bei den Schweizer Staatsausgaben ist. Insbesondere hob er die überaus hohen Regulierungskosten hervor, die mittlerweile 50 Milliarden Franken betragen – was zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts entspricht. «Eine Senkung der Regulierungskosten ist eine effektive Wachstumspolitik, die unserem Lande zugute kommt», erklärte Bigler. Er appellierte an die zahlreichen anwesenden Gewerbetreibenden, nicht nur das Anliegen, sprich die «Bürokratie-Stopp»-Initiative an sich zu unterstützen, sondern dereinst in den eidgenössischen Räten entsprechende Gesetzesänderungen zum Regulierungsabbau zu bejahen. Er rief in Erinnerung, wie Mitte-Politiker kürzlich der neuen Mediensteuer für KMU zugestimmt haben, während sich die

«Partei der aufgehenden Sonne» im Ständerat für die Mehrwertabschöpfung stark gemacht hat. Bigler betonte auch, dass die Leistungen bei den Sozialwerken neu so festzulegen seien, dass man sie sich mit den vorhandenen Mitteln finanzieren könne. Einer der konkreten Vorschläge des Gewerbeverbands betreffe die AHV. «Gemäss unserem Modell würde das Rentenmodell Jahr für Jahr immer genau so stark angehoben, dass der AHV eine ausreichende grosse Sicherheitsmarge verbleibt, die wir bei 70 bis 80 Prozent der Jahresausgabe sehen», führte er anschaulich aus.

Die geforderte Schuldenbremse bei der sozialen Umverteilung sei umso wichtiger, da alle derzeit im Raum stehenden Leistungsausbau-Forde-

rungen zusätzliche Mittel in der Grössenordnung von rund sechs Mehrwertsteuerprozenten zur Folge hätten. «Diese zusätzliche Belastung können wir unseren KMU gerade in der heutigen Zeit des starken Frankens nicht zumuten», so Bigler.

«Bürokratie-Stopp» findet Anklang

In der anschliessenden Podiumsdiskussion machten sich die Nationalratsmitglieder Caspar Baader (SVP/BL), Peter Malama (FDP/BS), Geschäftsführer Gewerbeverband Basel-Stadt, und Ida Glanzmann (CVP/LU) allesamt für eine KMU-freundlichere Politik stark. Wie gleichentags das KMU-Rating des sgv enthüllt hatte, zeigten ihre Voten, wie unterschiedlich die Bedürfnisse der KMU eingeschätzt werden. Während Caspar Baader das Hauptübel in der Personalfreizügigkeit sah, welche für die Bewohner unseres Landes eine starke Konkurrenzsituation auf dem Arbeitsmarkt zur Folge habe, und entsprechende Steuermechanismen forderte, machte sich Peter Malama im Namen der Nordwestschweizer Unternehmen für den fortlaufenden Zugang ausländischer Fachkräfte stark. Ida Glanzmann strich derweil heraus, dass die CVP insbesondere die Familien-KMU fördern möchte. Als mögliches Erfolgsrezept nannte sie familienfreundliche Arbeitszeitmodelle. In einem Punkt waren sich SVP, FDP und CVP – die SP war der Einladung des Gewerbeverbandes einmal mehr nicht gefolgt – aber einig: Die drei Parteien wollen sich allesamt für einen Abbau der Regulierungskosten stark machen. Baader und Glanzmann sprachen denn auch wohlwollende Worte für die «Bürokratie-Stopp»-Initiative der FDP aus.

Matthias Engel

LINKS

www.sgv-usam.ch
www.buerokratie-stopp.ch

BERUFSBILDUNG – OECD-Expertin Kathrin Hoeckel lobte das «Vorzeigemodell Duale Berufsbildung». Dieses ist jedoch in Gefahr, wie Christine Davatz und Walter Ch. Zimmerli in Klosters erläuterten.

«Spitzenposition absichern»



Diskutierten über die Berufsbildung (v.l.): Rudolf Strahm (ehemaliger Preisüberwacher), Gerhard Schwarz (Direktor Avenir Suisse), Martin Stalder (Bundesamt für Berufsbildung und Technologie BBT), Walther Ch. Zimmerli (Mitverfasser des Weissbuchs «Zukunft Bildung Schweiz»), sowie sgv-Präsident Bruno Zuppiger.

In der Berufsbildung ist die Schweiz weltweit Spitze! Ein schönes Lob. Besonders wenn es von einer in Paris tätigen deutschen Akademikerin stammt. Die OECD-Bildungsexpertin Kathrin Hoeckel muss es wissen. Ihre Organisation hat seit 2007 insgesamt 17 umfassende Länderberichte über Berufsbildungssysteme in der ganzen Welt verfasst. Ob die Expertenberichte nun die Berufsbildung in

Westeuropa, Australien, zwei US-Staaten oder gar Südkorea bewerten, in jeder einzelnen Schrift ist die Schweiz mehrmals positiv erwähnt. So konnte sie den Bildungsschwerpunkt in Klosters mit einem überaus positiven Referat lancieren, das den gern gesehenen Titel «Vorzeigemodell Duale Berufsbildung Schweiz» trug. «Die Stärken des Schweizer Systems liegen darin, dass alle Beteiligten

spezifisch für ihre Aufgabe ausgebildet worden sind. Berufsschullehrer ebenso wie Lehrmeister oder die Planer in der Verwaltung», führte sie aus.

Besonders wichtig sei die Zusammenarbeit zwischen den Sozialpartnern, die sich gemeinsam für Fortschritte im Bildungsbereich engagierten. Dies sei heute noch in vielen Ländern undenkbar.

Chancengleichheit verbessern

Weitere Erfolgsfaktoren seien das integrierte duale System, die Flexibilität aller Beteiligten, die zur Verfügung stehenden Ressourcen, die fortlaufende Qualitätssicherung, die Karriereberatung, das Case Management, die Unterstützung der Lernenden, Investitionen in die Forschung sowie die Mobilität.

Allerdings sagte Hoeckel auch, dass sich die Schweiz darum bemühen müsse, die Stärken im Berufsbildungssystem aufrechtzuerhalten und sie gar zu erweitern. «Die Chancengleichheit muss verbessert werden, indem man Ausbildungsabbrecher besser unterstützt, die Qualifikation und Erwerbstätigkeit der Frauen fördert und die Finanzierung von tertiärer Berufsbildung und universitärer Bildung vereinheitlicht», so die OECD-Bildungsexpertin.

Höhere Fachprüfungen fördern

Christine Davatz, Vizedirektorin und Bildungsverantwortliche des sgv, zeigte auf, wie der Gewerbeverband mit viel Engagement dafür kämpft, dass angehende Berufsfachleute nicht länger ein Vielfaches für ihre Ausbildung bezahlen müssen als Akademiker. «Der sgv-Berufsbildungsbericht 2010 stellt die Höhere Berufsbildung in den Mittelpunkt», erklärte Davatz. Der sgv fordere eine bessere Finanzierung der Vorbereitungskurse auf Berufs- und Höhere Fachprüfungen.

«Der sgv verlangt 500 Millionen Franken pro Jahr mehr von der öffentlichen Hand, damit diejenigen, die sich auf eine solche Prüfung vorbereiten, endlich etwas weniger selbst bezahlen müssen», sagte sie. So würde die Gleichwertigkeit gegenüber dem Tertiär-A-Bereich, also den Hochschulen, etwas näher rücken.

«400 Berufe sind zu viel»

Gespannt waren viele Kongressteilnehmer auf den Auftritt von Walther Ch. Zimmerli, des Präsidenten der Brandenburgischen Technischen Universität, besser bekannt als Mitverfasser des höchst umstrittenen Weissbuchs «Zukunft Bildung Schweiz». Er stellte klar, dass er das duale System nie an sich als «Auslaufmodell» bezeichnet habe. Zugleich mahnte er jedoch die Anwesenden: «Das duale System ist ein Auslaufmodell, wenn wir es nicht verändern.» 2009 hätten 5000 Lehrstellen, die den höheren Berufenanforderungen entsprechen, nicht besetzt werden können. 2010 seien es gar bereits 7000 gewesen. Die Zusammenarbeit zwischen Universitäten und Fachhochschulen müsse verstärkt werden, ebenso gelte es, eine enge Kooperation mit der Wirtschaft zu suchen.

Schliesslich müsse man auch bei den Berufsprofilen selber ansetzen. «Das duale Berufsbildungssystem stösst an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit. 400 Berufsbilder sind zu viel, die Zahl muss reduziert werden», erklärte Zimmerli. Als Beispiel nannte er Dänemark, das noch zwischen 80 Berufen unterscheide.

Erosion bei praxisorientierter Fachausbildung

Der Bildungsschwerpunkt fand in Klosters mit einer angeregten Podiumsdiskussion seinen Abschluss. sgv-Präsident Bruno Zuppiger machte sich noch einmal dafür stark, die Berufsbildung künftig mit zusätzlichen 500 Millionen Franken pro Jahr zu unterstützen. «Vor 12 Jahren gaben Bund und Kantone noch 850 Millionen Franken für die Fachausbildung aus. Heute sind es gerade noch 180 Millionen Franken pro Jahr», erklärte er. Dieser «schleichenden Erosion» der praxisorientierten Fachausbildung gelte es entgegenzutreten. Ansonsten verschwinde dieser für die KMU so wichtige Bildungsweg bald. Avenir-Suisse-Direktor Gerhard Schwarz zeigte kein Verständnis für das Anliegen des sgv. «Wir dürfen bei der Berufsausbildung nicht denselben Fehler begehen, der im universitären Bereich gemacht wurde», meinte er. Der «sozialistische Weg» über Staatsgelder dürfe nicht begangen werden. Einen Lösungsansatz hatte Schwarz aber nicht parat.

Bachelor-Titel für Fachkräfte?

Der ehemalige Preisüberwacher Rudolf Strahm nahm sich eines anderen Problems an. Er erklärte zwar, dass er kein Befürworter der «Titel-Manie» sei, regte aber dennoch dazu an, die Schweizer Berufsfachleute gegenüber der stark zunehmenden ausländischen «Bachelor-Konkurrenz» aufzuwerten. «Ich bin für die Einführung des Titels «Professional Bachelor» für all diejenigen, die eine Fachprüfung absolviert haben», so Strahm. Die Idee wurde skeptisch beurteilt, zumal das Bildungssystem schon heute für seine Titelflut und ineffizienten Strukturen bekannt ist, wie aus mehreren Voten der Podiumsteilnehmer hervorging.

Alltagstauglichkeit wichtiger als Titel

«Auf der Titelebene haben wir keine Möglichkeit, Klarheit zu schaffen», sagte sogar Martin Stalder, Ressortleiter Höhere Berufsbildung im Bundesamt für Berufsbildung und Technologie BBT. Wichtiger sei die Alltagstauglichkeit der einzelnen Aus- und Weiterbildungen. «Wir müssen die Wirtschaft mit Berufsfachleuten bedienen, deren Qualifikationen punktgenau den Anforderungen entsprechen», so Stalder.

sgv-Präsident Bruno Zuppiger stimmte ihm zu: «Die Berufsbildung beschert unserem Land auch in Zukunft Wohlstand, wenn sie auf den Markt ausgerichtet ist.»

VBS-CHEF UELI MAURER – Der Verteidigungsminister appellierte in Klosters an die Wirtschaft, die Armee zu unterstützen.

«Wohlstand bedingt Sicherheit»



VBS-Chef Ueli Maurer und sgv-Präsident Bruno Zuppiger ehrten in Klosters die Medaillengewinner der EuroSkills des vergangenen Jahres in Portugal.

Maurer appellierte an die Wirtschaft, der Milizarmee ihre Kader zeitlich beschränkt zur Verfügung zu stellen. Die Betriebe erhielten dafür auch etwas zurück: Die Sicherheit, auch in Zukunft für Wohlstand in der Schweiz sorgen zu können.

Nein zur Waffen-Initiative

Die sogenannte «Waffenschutz-Initiative», über die am 13. Februar abgestimmt wird, empfahl der VBS-Chef zur «massiven Ablehnung». «Das Wegnehmen der Waffen bewirkt das Zerbrechen des Vertrauensverhältnisses zwischen dem Staat und

seinen Bürgern», sagte Maurer. Die allgemeine Wehrpflicht – und damit die Armee als Garant unseres Wohlstands – basiere auf eben diesem Vertrauen. «Dieses zu zerstören heisst auch, unseren Wohlstand aufs Spiel zu setzen.»

Gerhard Enggist

Matthias Engel

«Sicherheit und Wohlstand hängen eng zusammen», sagte Verteidigungsminister Ueli Maurer in Klosters. Der VBS-Vorsteher beehrte die 62. Gewerbliche Winterkonferenz zu deren Abschluss mit seinem Besuch. Wer zu wenig in die Sicherheit investiere, so Maurer, der verliere die Grundlagen seines Wohlstands. «Der im Verhältnis zum Euro und zum Dollar sehr starke Franken», nahm Maurer ein topaktuelles Thema auf, «reflektiert das Vertrauen, das die Weltgemeinschaft in unsicheren Zeiten in die Stabilität und die Sicherheit der Schweiz setzt.» Der Schutz des Eigentums – und auch dafür stehe die Armee hierzulande – sei zentral für die Sicherheit eines Landes. Allerdings sei auch unser Land kein Hort der Sicherheit mehr. «Die Verletzlichkeit der modernen Gesellschaft ist enorm», sagte Maurer am Beispiel der Stromversorgung. «Wenn diese nicht mehr gewährleistet ist, steht innert Tagen das Leben still: Lebensmittelgeschäfte, Bankomaten, Sicherheitsanlagen – sie alle brauchen Strom. Die Armee schützt notfalls die Infrastruktur im Land.»

Die Polizei wäre, sollten sich mehrere sicherheitsrelevante Ereignisse gleichzeitig ereignen, «innerhalb von 72 Stunden ausgeschossen». Dann müsste die Armee die kantonalen Polizeicorps unterstützen, um das Funktionieren des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens sicherzustellen. «Es wäre darum höchst fahrlässig, die Armee – und sei es auf Raten – abzuschaffen.»



Prominenz und Ehrungen in Klosters (v.l.): sgv-Präsident Bruno Zuppiger, Silvia Gleyvod (25 Jahre Eventorganisation sgv), Verteidigungsminister Ueli Maurer, Ricco Cioccarelli (20 Jahre Technischer Delegierter SwissSkills), Tobias Kupferschmidt (Steinmetz-Gold-Gewinner Calgary 2009 und Erschaffer der Skulptur für Rico Cioccarelli), Hans-Ulrich Stöckling (Stiftungsratspräsident von SwissSkills) und Christine Davatz (sgv-Vizedirektorin).



Ein Ständchen in Ehren: sgv-Präsident Nationalrat Bruno Zuppiger griff auf der «Madrisa» in geselliger Runde in die Saiten.

62. GEWERBLICHE WINTERKONFERENZ – Neben politischen Diskussionen und Networking blieb in Klosters auch Zeit für persönliche Gespräche.

Impressionen von «Klosters 2011»



Beat Kläy (Direktor Schweizerischer Bäcker-Konditorenmeister-Verband SBKV) mit Urs Wellauer (Leiter Politik und Wirtschaft SBKV, links) und Silvan Hotz (Präsident KGV Zug).



Christine Buchheim (Zentralpräsidentin Schweizerischer Modegewerbeverband) mit Walter Bisig (Präsident Gebäudehülle Schweiz, links) und Urs Wernli (Zentralpräsident Auto Gewerbe Verband Schweiz).



Diskutierten die Zukunft der Bildung (v.l.): «Weissbuch»-Mitverfasser Walther Ch. Zimmerli, Avenir-Suisse-Direktor Gerhard Schwarz und Christine Davatz (Bildungsverantwortliche sgv).



Vorsorgen ist besser als heilen (v.l.): Kurt Gfeller (Vizedirektor sgv, Stiftungsrat proparis Vorsorge Gewerbe Schweiz), sgv-Präsident Bruno Zuppiger, proparis-Geschäftsführer Erhard D. Burri und Hans-Ulrich Bigler (sgv-Direktor und Stiftungsratspräsident proparis).



Christine Davatz (sgv-Vizedirektorin und –Bildungsverantwortliche) mit Gregor Saladin (Direktor Schweizerische Metall-Union).



Die Nationalräte Tarzisius Caviezel (FDP/GR, I.) und Bruno Zuppiger (SVP/ZH).

NACHLESE

Gesetzlichen Auftrag endlich erfüllen

Mit Inkrafttreten des Berufsbildungsgesetzes im Jahr 2004 erhielt der Bund den Auftrag, einen Viertel der Aufwendungen der öffentlichen Hand im Berufsbildungsbereich zu tragen. Realisiert wurde der Auftrag bisher aber bei weitem nicht: Gemäss Rechnung des Bundes betrug dieser Anteil im Jahr 2009 erst 18,5 Prozent, und auch die geschätzten Zahlen für 2010 versprechen keine namhafte Steigerung. Der sgv ist es leid, von den Behörden stets vertröstet zu werden – er macht deshalb politischen Druck.

In einem Brief an die Mitglieder der ständerlichen Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) zeigte der sgv diese Woche die Missachtung des Verfassungsgebotes der Gleichwertigkeit zwischen der rein schulischen und der beruflichen Bildung auf. Er appellierte zugleich an die WBK-Mitglieder, den Kredit beim Bundesbeschluss über die Finanzierung der Berufsbildung um 100 Millionen Franken aufzustocken. Dieser Betrag ist gemäss Masterplanung des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie für die Erfüllung der gesetzlichen Pflicht notwendig.



Wer eine starke KMU-Wirtschaft wünscht, darf nicht bei der Berufsbildung knausern.

Für den sgv-Direktor Hans-Ulrich Bigler ist klar: «Gerade für den Bereich der Berufs- und Höheren Fachprüfungen, die von der Wirtschaft benötigt und durch die Organisationen der Arbeitswelt und zahlreichen Trägerorganisationen der Wirtschaft sichergestellt werden, ist es unabdingbar, dass der Bund seinen gesetzlichen Verpflichtungen endlich nachkommt.» Sonst bestünde die Gefahr, dass die Berufsverbände ihre Kompetenzen an schulische Anbieter – etwa Fachhochschulen – abgeben, weil die Teilnehmenden nicht mehr bereit sind, auf Vollkostenrechnungen basierende Teilnahmegebühren zu entrichten. «Wenn sich das Parlament schon gegen eine Verakademisierung der Berufsbildung ausgesprochen hat, weil dies weder der Wirtschaft noch der Gesellschaft die nötigen praxisorientierten Fachkräfte liefert, muss es wenigstens die gesetzlich vorgesehenen Mittel zur Verfügung stellen.» Lu

Positive Bilanz

Gerade die Tatsache, dass keine Beschlüsse am so genannten «Euro-Krisengipfel» gefasst wurden, wertet der sgv als Erfolg. «Ich bin froh, dass es keine Schnellschüsse gab und dafür eine sorgfältige Auslegung im Mittelpunkt stand», zog Gewerbeleiter Hans-Ulrich Bigler diese Woche eine positive Bilanz des vom SECO organisierten Treffens. Er habe die Positionen des Gewerbeverbandes klar gemacht, die sich als mehrheitsfähig erwiesen: Das Beharren auf der Unabhängigkeit der Nationalbank und auf der Preisstabilität sowie der Verzicht auf politische Zwangsmassnahmen wie etwa Anbindung an den Euro. «Wir sind uns bewusst, dass ein Teil der exportabhängigen Unternehmen unter einem schmerzhaften Anpassungsprozess leidet. Kurzfristig lässt sich dagegen kaum etwas unternehmen, langfristig kann aber eine gründliche Deregulierung Erleichterungen bringen», ist Bigler überzeugt. Die Euro-Problematik wird an einer Diskussionsveranstaltung aufgegriffen, die der sgv mitträgt (vgl. Anzeige auf Seite 10 dieser Ausgabe).

WORTE DER WOCHE

«Zwei Dinge sind unendlich, das Universum und die menschliche Dummheit, aber bei dem Universum bin ich mir noch nicht ganz sicher.»

Albert Einstein

CHRISTOPH ERB – Der Direktor von Berner KMU ist vor der Abstimmung über den Ersatz des KKW Mühleberg zuversichtlich.

«Kernkraft schneidet am besten ab»



«Berner KMU unterstützt bei den Wahlen im Herbst nur Kandidaten mit realen Wahlchancen», sagt Direktor Christoph Erb.

Gewerbezeitung: In drei Wochen fallen die Stimmberechtigten im Kanton Bern einen Entscheid, der für das ganze Land Signalwirkung hat. Werden die Berner einem Ersatz für das Kernkraftwerk Mühleberg zustimmen?

■ **Christoph Erb:** Vor gut zehn Jahren haben 65 Prozent der Berner Stimmberechtigten eine Stilllegung des KKW Mühleberg abgelehnt. Auch wenn es heute schwieriger sein wird – ich bin zuversichtlich, dass diese Abstimmung gewonnen werden kann.

Welche Bedeutung hat die Kernkraft für die Berner Wirtschaft?

■ Wir dürfen nicht noch stärker vom Ausland abhängig werden. Eigene, genügend grosse Produktionsanlagen bringen uns zahlreiche Vorteile. Alternativenenergien sind nötig, ihre Produktion deckt den Bedarf aber nicht. Im September 2007 ergab eine von Berner KMU in Auftrag gegebene Studie, dass die Kernkraft gegenüber dem Gas oder reinen Stromimporten

«ALTERNATIVENERGIEN DECKEN DEN BEDARF GANZ EINFACH NICHT»

regionalwirtschaftlich am besten abschneidet. Mühleberg ermöglicht eine Wertschöpfung von rund 500 Millionen Franken im Jahr und sichert 1400 Arbeitsplätze. Eine sichere Stromversorgung zu möglichst günstigen Preisen ist gerade auch für die KMU-Wirtschaft von grösstem Interesse.

Täuscht der Eindruck, wonach Berner KMU von der Elektrizitätswirtschaft in den Abstimmungskampf nicht voll einbezogen wurde? Das Gewerbe scheint gar nicht mitzureden...

■ Nein, wir werden sehr wohl mit einbezogen. Die Federführung liegt allerdings beim HIV Kanton Bern. Berner KMU hat 17 200 seiner Mitglieder direkt angeschrieben, und unsere Zeitschrift «KMU aktuell» berich-

tet regelmässig über die bevorstehende Abstimmung. Der Eindruck mag entstanden sein, weil die Gegner wie auch die Medien den Fokus meist auf die Rolle der BKW selber richten. Die Linke hat sich voll auf die BKW eingeschossen...

Rot-Grün dominiert seit Jahren die Berner Kantonsregierung. Wie wirkt sich das konkret auf die KMU-Wirtschaft aus?

■ Auch mit bürgerlichen Mehrheiten im Regierungsrat hatten wir schon unsere liebe Mühe. Die Ideologie steht für mich nicht im Vordergrund. In der Energiepolitik allerdings dominiert Links-Grün die Regierung deutlich und handelt sehr stark ideologisch. Und auch in der Finanz- und Steuerpolitik kritisieren wir die Regierung massiv. Hier wäre eine bürgerliche Mehrheit sicher oft hilfreich.

Die rot-grünen Verkehrsdirektorinnen in Stadt und Kanton Bern wollen mit allen Mitteln Zwangsmassnahmen wie etwa Road Pricing durchsetzen. Warum wehrt sich Berner KMU so vehement dagegen?

■ Zusammen mit Innenstadtorganisationen und Verkehrsverbänden haben wir intensiv lobbyiert. Dadurch sind heute etwa die Umweltzonen vom Tisch. Und der Bundesrat hat das Road Pricing aus den Legislaturrichtlinien gestrichen. Gegen neue Abgaben werden wir uns – zusammen mit dem Schweizerischen Gewerbeverband – entschieden zur Wehr setzen.

Die Sozialisten bekämpfen auch in Ihrem Kanton die Pauschalbesteuerung. Was halten Sie von diesem vermeintlichen «Privileg der Reichen»?

■ Die Besteuerung nach Aufwand ist richtig und gut – auch wenn der Faktor wohl etwas höher sein dürfte. Eine Abschaffung der Pauschalbesteuerung wäre ein kolossaler Fehler. Der Substanzverlust bei den Gemeindefürder würde sich gerade auch für die KMU bemerkbar machen. Im Saanen-

land etwa, rund um Gstaad, würde die gesamte regionale Wirtschaft stark in Mitleidenschaft gezogen; Arbeitsplätze und Erwerbsmöglichkeiten für Selbständige gingen verloren.

Ganz generell gilt auch in Bern: Rot-Grün sucht das Heil im Zweifel immer beim Staat – und beschneidet dabei die Wirtschaftsfreiheit. Was halten Sie als Gewerbeleiter von solchen Tendenzen?

■ Der Glaube an die Machbarkeit durch den Staat ist vor allem bei der Linken verbreitet. Das Grundübel hat

«IN DER ENERGIEPOLITIK IST ROT-GRÜN SEHR IDEOLOGISCH»

sich aber auch in bürgerlich regierten Kantonen breit gemacht. Darum ist es eine permanente Aufgabe, die Staatstätigkeit immer wieder zu hinterfragen.

Der Kanton Bern ist auf den Finanzausgleich, also auf die Unterstützung anderer Kantone angewiesen. Ist das für den einst so stolzen Stand nicht beschämend?

■ Wir sind auf diese Situation natürlich nicht gerade stolz. Der Kanton Bern stellt rund einen Siebtel der Einwohnerschaft der Schweiz und ist geradezu ein Abbild unseres Landes, mit Zentren und Randregionen und allem, was dazu gehört. Das Mittelland alleine könnte sehr wohl mit anderen Regionen mithalten. Eine Nischenpolitik, wie sie in der Zentralschweiz praktiziert wird, wäre für Bern aber nicht möglich.

Ist der Kanton Bern nicht generell anfälliger für Bürokratieexzesse als die Nachbarn Solothurn und Freiburg?

■ Bern hat ein strukturelles Problem. Der hohe Anteil an öffentlichen Verwaltungen und Unternehmungen bringt es mit sich, dass die Dynamik hier geringer ist als etwa in den Kan-

tonen Freiburg oder Solothurn. In Zeiten der Rezession bringt dies Beständigkeit. Aber dynamischer werden wir dadurch leider nicht.

Berner Bäckereien haben sich erfolgreich gegen das Berner Insepsital gewehrt, das sie als Lieferanten fallen lassen wollte. Ein Berner Drogist und Grossrat zwang die kantonale Lebensmittelkontrolle in die Knie und zum Budgetabbau. Widerstand gegen die bürokratische Obrigkeit scheint sich auch für die Kleinen zu lohnen...

■ Hie und da braucht es solchen Widerstand, damit wieder sorgfältiger mit den KMU umgegangen wird. Ich bin allerdings gespannt, wie sich die Bäcker-Geschichte entwickeln wird. Wichtig sind anhaltende Verbesserungen, nicht bloss kurzfristige Publizität.

Im Herbst stehen eidgenössische Wahlen an: Haben dabei Gewerbevertreter echte Chancen?

■ Bestimmt! KMU geniessen ein hohes Ansehen und gelten als sehr glaubwürdig. Sie sind aber auch sehr heterogen. Dies birgt die Gefahr, dass «unsere Leute» den Parteien zwar Stimmen liefern, aber dann selber den Kürzeren ziehen. Die KGV müssen die richtigen Kandidaten unterstützen.

«DIE ABSCHAFFUNG DER PAUSCHALBESTEUERUNG WÄRE EIN GROSSER FEHLER»

Solch «mutige» Empfehlungen bergen jedoch auch die Gefahr, dass die von uns nicht Unterstützten dann «unsere» Kandidaten gar nicht wählen. Solche nicht erwünschten Nebeneffekte halte ich für sehr delikat.

Welche besonderen Anstrengungen unternimmt Berner KMU im Wahlkampf?

■ Wir werden – wie dies nun auch der sgv tut – aufzeigen, wo unsere kandidierenden Mitglieder politisch stehen und wie sie die Verbandspositionen unterstützen. Wir haben schon früher Auswahlkriterien angewandt. Sie lauten: Zuverlässigkeit, Leistungsausweis und Wahlaussichten. Wir unterstützen jene Kandidaten, die auch tatsächlich gewählt werden könnten.

In Bern werden im Jahr 2014 mit den SwissSkills erstmals gemeinsame zentrale Berufs-Schweizermeisterschaften durchgeführt. Was macht die Stadt für die Berufsjugend attraktiv?

■ Ich freue mich sehr auf den September 2014. Die Berner Allmend ist ein erstklassiges Gelände für eine Leistungsschau mit über 60 Berufen. Wir haben einen dreisprachigen Flyer erstellt und darin alle Highlights festgehalten. Der Berner Bahnhof wird miteinbezogen und die Veranstaltung medienwirksam in die Stadt getragen. Die SwissSkills Bern 2010 bieten uns eine optimale Plattform, das für die Schweiz so wichtige duale Bildungssystem einer breiten Masse begreifbar zu machen. Diese Chance werden wir mit aller Entschlossenheit nutzen!

Interview: Gerhard Enggist

ZUR PERSON

Der heute 55-jährige Christoph Erb ist verheiratet und Vater zweier Töchter aus erster Ehe. Er war seit 1985 als politischer Sekretär beim Schweizerischen Gewerbeverband sgv tätig, bevor er 1993 Direktor der Berner KMU wurde. Präsiert wird der kantonbernische Gewerbeverband von Kathrin Anderegg, die auch als Vizepräsidentin des sgv amtiert.

GESETZESREVISION – Der sgv lehnt die vom Bundesrat vorgeschlagenen höheren Entschädigungen nach missbräuchlichen oder ungerechtfertigten Kündigungen kategorisch ab.

Total unnötige Regulierung

Missbräuchliche Kündigungen gehören nicht zum KMU-Alltag – eine Gesetzesverschärfung braucht es nicht.



Die Gewerkschaften halten wenig von der heute geltenden relativen Kündigungsfreiheit. Entsprechend haben sie auf politischer Ebene eine verschärfte Regulierung angestossen: Der Bund legt nun einen Entwurf für eine Teilrevision des Obligationenrechts, bei der (die maximale Entschädigung bei missbräuchlichen Kündigungen von sechs auf zwölf Monatslöhne angehoben wird. Die Begründung dafür wurde bequemerweise von den linken Urhebern praktisch unverändert übernommen: Sechs Monatslöhne seien für schwere Fälle eine zu wenig harte Sanktion. Mit der Erhöhung auf zwölf Monats-

gehälter sollen Richter die gesamten Umstände eines Falles würdigen können und über genügend Spielraum verfügen. Zusätzlich soll ein verstärkter Schutz der gewerkschaftlichen Tätigkeit her: Arbeitnehmervertreter sollen aus wirtschaftlichen Gründen nicht entlassen werden können. Bei der Wirtschaft stossen solche Vorschläge logischerweise auf taube Ohren, wie die Vernehmlassungsantworten zeigen. «Der nicht bis ins letzte Detail regulierte Arbeitsmarkt gehört klar zu den Standortvorteilen der Schweizer Wirtschaft, und diesen Vorteil geben wir nicht her», hält etwa sgv-Direktor Hans-Ulrich Bigler

fest. Ähnlich argumentieren die sgv-Mitgliedsverbände. So meint etwa suissetec: «Der bisherige Arbeitnehmerschutz vor missbräuchlichen und ungerechtfertigten Kündigungen genügt nach unserer jahrelangen Erfahrung durchaus. In der Praxis unserer Gerichte liegen die Entschädigungen für missbräuchliche Kündigungen bzw. ungerechtfertigte Entlassungen meist zwischen zwei und drei Monatslöhnen. Der Maximalbetrag von sechs Monatslöhnen wird dagegen selten ausgeschöpft.» Deshalb sieht der Arbeitgeberverband der Haustechnik-Branche keinen Grund, die Maximalhöhe der Entschädigung nach oben

anzupassen. Eine Ausdehnung der Entschädigung auf zwölf Monatslöhne für KMU, die welche schon heute stark unter Kostendruck stünden, sei «grundsätzlich nicht tragbar».

sgv gegen Missbräuche

Sein kategorisches Nein erachtet der sgv also als nicht verhandelbar. Da er sich den systematischen Kampf gegen neue Regulierungen auf die Fahnen geschrieben hat, macht er aber einen Vorschlag zur Anpassung des entsprechenden OR-Artikels. «Wir haben nämlich festgestellt, dass Missbräuche bei der Verlängerung der Kündigungsfrist im Fall von kurzzeitiger Krankheit oder Unfall nicht selten sind. Dadurch entstehen den KMU-Chefs beträchtliche Mehrkosten, wird doch die Kündigungsfrist in der Regel auf das Ende eines Monats verschoben», meint sgv-Rechtsexpertin Agathe Tobola Dreyfuss. Die aktuelle Rechtsprechung habe wiederholt daran erinnert, dass die Tatsache der Geltendmachung einer Unterbrechung der Kündigungsfrist (Art. 336c Abs. 2 OR) anlässlich einer kurzen Arbeitsunfähigkeit die Möglichkeiten für eine Arbeitssuche des Betroffenen – unter Berücksichtigung der vorliegenden Umstände – in keiner Weise beeinträchtigt. Somit könne diese Geltendmachung einen Rechtsmissbrauch darstellen. Der sgv schlägt deshalb vor, das Gesetz so anzupassen, dass im Fall einer Arbeitsunfähigkeit wegen Krankheit oder Unfall während der Kündigungsfrist diese erst nach einer Dauer von fünf Tagen Arbeitsunfähigkeit verlängert wird. Tobola spricht Klartext: «Wir wollen, dass eine Arbeitsunfähigkeit von einem bis vier Tagen aufgrund von Krankheit oder Unfall nicht zur Verlängerung der Kündigungsfrist führt.»

Patrick M. Lucca

NEUER DIREKTOR – Bernhard Kuster wird die operative Leitung von GastroSuisse übernehmen.

Vertrauen für junges «Eigengewächs»

Der 36-jährige Dr. oec. publ. ist seit 1. Oktober 2007 für GastroSuisse tätig und seither verantwortlich für die wirtschaftspolitische Interessenvertretung. Er übernimmt sein neues Amt am 1. Februar 2011. Der Zentralvorstand begründet seine Wahl mit Fähigkeiten, die er in seiner bisherigen Funktion bewiesen hat: «Bernhard Kuster weist ein fundiertes und praxisorientiertes Branchenwissen aus und verfügt über sehr gute politische Fachkenntnisse. Er hat den Auftritt von GastroSuisse in Politik und Öffentlichkeit im Rahmen seiner wirtschaftspolitischen Tätigkeit für den Verband massgeblich mitgeprägt.» Seine gute Verankerung im Verband und in der Branche, seine Kompetenz und sein hervorragendes Beziehungsnetz bildeten eine vielversprechende Basis für seine neue Tätigkeit.

«Ich bin überzeugt, dass Bernhard Kuster aufgrund seiner Ausbildung als Volkswirtschaftler und seiner guten Kontakte in der Tourismusbranche einen wesentlichen Beitrag zur Weiterentwicklung von GastroSuisse und somit der Branche leisten wird», ist GastroSuisse-Zentralpräsident Klaus Künzli zuversichtlich. Als Verantwortlicher für die Wirtschaftspolitik kämpfte Bernhard Kuster an vorderster Front für gute Rahmenbedingungen für das Gastgewerbe, gegen weitere Einschränkungen und für mehr unternehmerische Freiheit und Eigenverantwortung. Er beriet die Mitglieder bei Fragen zum Passivrauchschutz und setzt sich im Namen von GastroSuisse vehement gegen teilweise bestehende unverhältnismässige kantonale Verschärfungen ein.



Er soll GastroSuisse und die Branche weiterbringen: Bernhard Kuster.

In seinen bisherigen Verantwortungsbereich gehörte unter anderem auch die Kontaktpflege mit den zuständigen Bundesämtern. Bernhard Kuster vertritt GastroSuisse in zahlreichen externen Projekten und Arbeitsgruppen, so unter anderem im Vorstand des Verbandes Elektronischer Zahlungsverkehr, in Kommissionen des Schweizerischen Gewerbeverbandes und bei der Arbeitsmarktbeobachtung verschiedener Deutschschwei-

zer Kantone. Zu seinen aktuellsten politischen Geschäften zählen die Revision des Lebensmittel- und des Alkoholvertrages. GastroSuisse ist der Verband für Hotellerie und Restauration in der Schweiz. Gegen 21000 Mitglieder (4000 Beherbergungsanbieter), organisiert in 26 Kantonalsektionen und vier Fachgruppen, gehören dem grössten gastgewerblichen Arbeitgeberverband an. Pd

AUS DEN VERBÄNDEN

Neue Vernunft

Mit Genugtuung haben viele Mitgliedorganisationen des sgv zur Kenntnis genommen, dass das Bundesamt für Strassen nun doch darauf verzichtet, den Kantonen das rechtliche Instrumentarium zur Errichtung von Umweltzonen zur Verfügung zu stellen. Gegen dieses rechtlich sehr fragwürdige Vorhaben, das keine nachhaltigen ökologischen Verbesserungen bringt, die Mobilität behindert und einen enormen administrativen Aufwand verursacht. An der Winterkonferenz in Klosters wurde der zähneknirschende Verzicht der Leuenberger-Erben vorab auf den Einfluss der neuen UVEK-Chefin Doris Leuthard zurückgeführt, die den Widerstand des Gewerbes ernst genommen haben soll.

Erstmals «Bäcker-Arena»

Die 30. Schweizer Fachmesse für Bäckerei-, Konditorei- und Confiseriebedarf findet vom 23. bis 27. Januar 2011 auf dem Gelände der BEA Bern expo statt. Mehr als 220 Aussteller werden auf 20000 Quadratmetern ihre Angebote und Neuheiten präsentieren. Nebst zwei hochkarätigen Berufswettkämpfen erwartet die rund 30000 Besucher erstmals das FBK-Symposium «Bäcker-Arena». Am Montag, 24. Januar, 9.30 bis 11.30 Uhr, werden im BEA-Kongressraum sieben namhafte Persönlichkeiten zum Thema «Lebensmittelbranche im Glashaus» diskutieren. Mit von der Partie werden sein: Rolf Büttiker, (Ständerat, Präsident Schweizer Fleisch-Fachverband), Roland Charrière, (Bundesamt für Gesundheit), Guy Emmenegger, (Dachverband Schweizerischer Müller), Klaus Künzli, (Präsident GastroSuisse), Kaspar Sutter (Präsident Schweizerischer Bäcker-Konditorenmeister-Verband SBKV), Franziska Troesch-Schnyder (Konsumentenforum) und Hansjörg Walter (Nationalrat, Präsident Schweizerischer Bauernverband).

LINKS

www.swissbaker.ch
www.fbk-messe.ch

WORTE DER WOCHE



Alarm in der Fleischbranche: es fehlen junge Fachkräfte mit hoher Berufsbildung.

Ruedi Hadorn, Direktor des Schweizer Fleisch-Fachverbandes (SFF), hat zum Thema Ausbildung in seiner Branche klare Worte gesprochen. «Nebst der Anzahl der Lehrlinge lässt vor allem die Zahl der Fleischprofis, die sich nach Abschluss der Lehre weiterbilden, zu

wünschen übrig. Viele gewerbliche Metzgereien bekunden daher allergrösste Mühe mit dem Finden von Fachpersonal bzw. der Realisierung einer geeigneten Nachfolgelösung.» Letzteres zeige sich etwa daran, dass bei aktuell 1225 SFF-Mitgliedern und einer mittleren Geschäftsdauer von 30 Jahren jährlich rund 40 gut qualifizierte Betriebsnachfolger zu rekrutieren wären. «Davon ist der Fleischsektor leider weit entfernt», bedauert Hadorn. Auch in den grösseren Betrieben stelle sich immer mehr die Frage nach der Rekrutierung von gut qualifizierten Kaderleuten, weil es in der Schweiz keine fleischspezifische Vertiefung auf Stufe Fachhochschule gibt. «Diese Tatsache ist angesichts der grossen und oft unterschätzten wirtschaftlichen Bedeutung der Fleischbranche – sie weist einen Jahresumsatz von rund 5,6 Milliarden Franken aus – doch sehr erstaunlich», meint der SFF-Direktor. Einen wichtigen Faktor stellen aber auch die mit der Aus- und Weiterbildung verbundenen Kosten dar. Anstelle der aktuell laufenden Diskussionen um die Gebühren für in- und ausländische Studenten sollte daher der Fokus verstärkt auf die finanzielle Unterstützung der Weiterbildung gerichtet sein.

APROPOS

Harte Fakten aus Kosovo

Dass die engen Bindungen der Schweiz an Kosovo doch etwas problematischer sind, als unsere Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey wahrhaben will, hat man geahnt. Allerdings fehlten den kritischen Geistern stets die harten Fakten, um die Kritik mit Argumenten zu unterlegen. Diese Woche hat die NZZ einige erstaunliche Tatsachen über das «schwarze Loch Europas» nachgeliefert. Hier zwei Musterchen aus dem Korrespondentenbericht:

■ Die Schweizer Botschaft in Pristina, die seit einiger Zeit auch die Visumsanträge für Österreich und Frankreich bearbeitet, stellt pro Jahr rund 25 000 Visa aus. Davon werden rund 18 000 für Reisen in die Schweiz bewilligt, wo rund 170 000 albanische und 30 000 serbische Kosovaren leben. «Dass viele der 60 Euro teuren Reisevermerke nicht nur zu touristischen oder familiären Zwecken beantragt werden, sondern in der Hoffnung, im Gastland einige Monate einer gut bezahlten Beschäftigung nachzugehen, ist ein offenes Geheimnis», weiss die NZZ.

■ Aber auch mit Visa, so die Klage westlicher Diplomaten, ist die Migration nur schwer kontrollierbar. In einem Land, in dem die Hälfte der Bevölkerung ohne Arbeit ist und das pro Kopf erwirtschaftete Bruttoinlandsprodukt nur 7 Prozent des EU-Durchschnitts ausmacht, wird alles unternommen, um ins Ausland zu gelangen, von Zwangsheiraten über arrangierte Ehen bis hin zu Adoptionen. Einwanderungs- und Zivilstandsbehörden stehen solchen Machenschaften oft hilflos gegenüber. Etwa wenn im Schengenland Slowenien für wenig Geld ein Scheinunternehmen gegründet wird, diese Firma dann Kosovaren anstellt und diese «Arbeitnehmenden» in der Folge mit einer offiziellen Arbeitsbewilligung nach Westeuropa reisen. Besonders unschön: Allein auf diese Weise gelangten 2009 in einem halben Jahr 4000 Kosovaren in die Schweiz.

Wünsche überraschen

In wenigen Wochen werden die Vorgespräche über einen neuen Gesamtarbeitsvertrag im Bauhauptgewerbe aufgenommen. Was die Betroffenen darin gerne sehen möchten, wurde von den Gewerkschaften in einer Umfrage ermittelt. Die Ergebnisse



haben nicht nur Unia und Syna überrascht. Am wichtigsten ist den gut 16 000 Bauarbeitern ein Ausbau des sozialen und gesundheitlichen Schutzes. Am meisten Zuspruch erhielt mit 68,2 Prozent die Forderung nach voller Lohnfortzahlung bei unverschuldeten Ausfallstunden wegen Krankheit, Unfall oder Schlechtwetter. Heute werden in der Regel nur 80 Prozent gewährt, bei Krankheiten wird am ersten Tag gar kein Lohn entrichtet. Wenig dahinter folgt mit 65,8 Prozent der Nennungen eine klare Regelung, wann Bauleute ihre Arbeit bei Kälte, Nässe oder Hitze einstellen können, um ihre Gesundheit zu schützen. 55,1 Prozent der Bauleute sprachen sich zudem für einen verbesserten Kündigungsschutz ab 50 Jahren aus. Die drei weiteren Anliegen wurden als weniger dringlich taxiert: Höhere Zuschläge und Spesen sowie mehr Ferien und Feiertage wurden von rund einem Drittel genannt. 27,6 Prozent äusserten den Wunsch nach «klar geregelten Arbeitszeiten». Auf der Basis des GAV verhandeln die Sozialpartner jährlich über Lohnerhöhungen. Für 2011 kam es allerdings zu keiner Einigung. Der Schweizerische Baumeisterverband brach die Verhandlungen ab und empfahl seinen Mitgliedern eine Lohnerhöhung um ein Prozent. Die Gewerkschaften hatten 2,7 Prozent gefordert.

FREMDWORT DER WOCHE

■ **Patrizid:** Der gegenwärtig im Zusammenhang mit dem Erstellen der Kandidatenlisten für die nationalen Wahlen im Oktober viel verwendete Ausdruck ist nicht identisch mit dem Begriff Vätermord. Beim Patrizid wird der Vater getötet, unabhängig davon, ob man dies als einen Mord ansieht oder nicht.

ABSTIMMUNG VOM 13. FEBRUAR – Die linke Waffeninitiative will nichts anderes als die Schwächung unserer Armee.

Schweizer Werte zerstören?

Der Titel dieser Volksinitiative ist wohlklingend: «Schutz vor Waffengewalt». Wer will das nicht? Doch bei näherem Hinsehen werden die wahren Absichten der Initianten klar. Diese stehen der Sozialdemokratischen Partei nahe, die in ihrem neuen Programm nicht nur den Kapitalismus, sondern auch die Armee abschaffen will. Mit von der Partie ist selbstredend auch die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee. Es ist mehr als verwerflich, dass diese Kreise ihr Volksbegehren unter dem Deckmantel von Gewalt- und Suizidprävention propagieren. Konstruktive Vorschläge zum Schutz vor Waffengewalt finden sich im Initiativtext leider keine.

Soldaten als Risiko

Dem Soldaten wird seine persönliche Waffe nicht mehr anvertraut, da er in den Augen der Initianten ein inakzeptables Sicherheitsrisiko darstellt. Wer als unbescholtene Schweizerin oder Schweizer eine Waffe erwerben oder weiterhin besitzen möchte, muss dafür einen Bedarfs- und Fähigkeitsnachweis erbringen. Das sind heute noch absolut leere Worthülsen, die nach einer allfälligen Annahme dieser Initiative durch den Gesetzgeber noch ausdefiniert werden müssten. Welche Vollzugsinstanz soll denn zukünftig entscheiden, ob Bedarf für einen Waffenbesitz besteht und ob die Fähigkeit für den Umgang mit einer Waffe ausgewiesen werden kann? Es genügt den Initianten anscheinend vollkommen, wenn in Zukunft nur noch Kriminelle und Verbrecher bewaffnet sind. Denn gegen illegale Waffen unternimmt die Initiative nichts.

Das Volk wird entwaffnet

Der Inhalt dieser Verpackung entpuppt sich nach genauer Analyse als eine gigantische Volkswaffeninitiative. Dass dies nicht im Sinne der noch immer mehrheitlich liberal denkenden Eidgenossen ist, liegt auf der Hand. Eine Annahme dieses Volksbegehrens hätte schlimme Folgen:

- Mit der Entwaffnung der Armee wird gleichzeitig Sicherheit für unsere Bürgerinnen und Bürger vernichtet.



Geht es nach den linken Initianten, werden die Eidgenossen per Verfassung entwaffnet...

- Mit dem geforderten Nachweisbedarf und Fähigkeitsausweis verunmöglicht die Initiative jeden privaten Waffenbesitz.

- Unbescholtene und bis heute rechtmässige Waffenbesitzer werden ihre Waffen abgeben müssen.

- Wenn der Staat alle konfiszierten Waffen entschädigen würde – und das müsste er –, dann kostet das den Steuerzahler einige hundert Millionen Schweizer Franken.

- Den Schiesssport als Breitensport wird es nicht mehr geben. 3100 Schützenvereine als staatstragende Vereinigungen werden ebenso verschwinden wie die vielen Schützenfeste.

- Das Jagdwesen wird mit massiven Auflagen rechnen müssen.

- Mit dem zentralen Waffenregister auf Stufe Bund wird in die Polizeihöhe der Kantone eingegriffen, ohne dass dadurch mehr Sicherheit geschaffen wird.

- Die Initiative leistet keinen tatsächlichen Beitrag zu einer wirkungsvollen Suizid- und Gewaltprävention. Die Aussage der Initianten, nach der

Annahme des Volksbegehrens könnten pro Jahr 100 Menschenleben gerettet werden, ist deshalb eine ungeheuerliche Spekulation.

- Einem faktischen Waffenmonopol für Kriminelle werden Tür und Tor geöffnet.

Behörden haben vorgesorgt

Wollen wir uns tatsächlich durch eine solche Mogelpackung entmündigen lassen? Armee und Bundesrat nehmen ihre Verantwortung wahr, sie haben alle Voraussetzungen für die Eindämmung von Missbräuchen im Umgang mit Schusswaffen geschaffen. Alle Angehörigen der Armee können schon heute ihre Dienstwaffen freiwillig im Zeughaus hinterlegen. Die Taschenmunition wird seit 2007 nicht mehr abgegeben. Wer die Dienstpflicht erfüllt hat, kann seine Armeewaffe nur noch mit einem Waffenerwerbschein behalten. Zudem werden bei der Rekrutierung Dienstpflichtige einer Sicherheitsprüfung unterzogen, und gefährdete Personen müssen die Armeewaffen abgeben.

Scheinsicherheit suggeriert

Der Bund führt bereits heute zentrale Register, so etwa eine Datenbank über Entzug und Verweigerung von Bewilligungen und Beschlagnahme von Waffen. Die Initiative aber suggeriert ganz offensichtlich eine Scheinsicherheit und verursacht einen riesigen, äusserst kostspieligen bürokratischen Aufwand. Die Initiative stellt verantwortungsvolle Bürgerinnen und Bürger unter Generalverdacht. Das ist nicht die Art, wie man mit mündigen Bürgern umgeht! Eine Schwächung der Milizarmee bedeutet zudem einen Verlust an Sicherheit in diesem Land. Auf dieser Sicherheit basieren aber letztlich unser Staatswesen, unsere Wirtschaft und unser Wohlstand. Sicherheit bedeutet Wohlstand für uns alle – und das soll so bleiben. Erteilen wir darum dieser verwerflichen linken Initiative eine klare Absage.

Nationalrat Bruno Zuppiger,
sgv-Präsident

WÄHRUNGSVORTEILE – Dank dem starken Franken werden die Ferienarrangements 2011 bis zu 30 Prozent billiger.

Geld sparen dank den Reisebüros

Aufgrund der aktuellen Wechselkurse können Reiseveranstalter beim Einkauf von Leistungen im Ausland Geld sparen. Diesen Vorteil geben sie vollumfänglich an die Kunden weiter. Dazu kommen für die Ferienreisenden Einsparungen bei den Nebenkosten am Reiseziel selbst. Besonders profitieren Kunden, die ein europäisches Reiseziel wählen. Der Euro hat gegenüber dem Franken massiv an Wert verloren. Dasselbe gilt für den Dollar. Preiswerte Trenddestinationen im Reisejahr 2011 sind deshalb auch die USA, Kanada, die Karibik und Asien.

Bis zu 30 Prozent billiger

«Reisen in den Dollar- und Euroraum waren noch nie so günstig wie in diesem Jahr», sagt Walter Kunz, Geschäftsführer des Schweizerischen Reisebüro-Verbands (SRV). Massiv sind die Preisvorteile zum Beispiel in



Griechenland-Ferien (hier die Windmühlen von Mykonos) sind heute günstiger denn je – wenn man sie im Reisebüro bucht.

Griechenland, wo die Ferientarife aufgrund der finanziellen Schwierigkeiten des Landes bereits gesenkt wurden. Zusammen mit den währungsbedingten Vergünstigungen ergeben sich in diesem Jahr für Schweizer Kunden Ermässigungen um bis zu 30 Prozent. Für andere europä-

rungsbedingten Vergünstigungen ergeben sich in diesem Jahr für Schweizer Kunden Ermässigungen um bis zu 30 Prozent. Für andere europä-



Frohe Botschaft für die Kundenschaft: SRV-Geschäftsführer Walter Kunz.

sche Ziele wie Spanien, Italien, Frankreich, Österreich oder Deutschland sinken die Preise für Reisen, die in der Schweiz gebucht werden, ebenfalls um bis zu 20 Prozent.

Vorteile abgesichert

«Um sich die währungsbedingten Preisvorteile auf jeden Fall zu sichern, sollten Kunden ihre Ferien unbedingt im Reisebüro buchen», rät Walter Kunz. Denn dort seien die Fremdwährungen eingekauft und somit abgesichert. Für die Sommersaison 2011 haben die meisten Reiseveranstalter, die ihre Angebote via Reisebüro verkaufen, einen Eurokurs von rund 1.30 Franken sowie einen Dollarkurs von genau einem Franken kalkuliert. Wer direkt beim Leistungsträger buche, müsse stets damit rechnen, plötzlich mit einem ungünstigeren Kurs konfrontiert zu werden, hält Kunz fest. GSt

RECHTSRATGEBER – Unterschriftenregelungen sind in jedem KMU wichtig. Zur Wahl stehen die Varianten «Vollunterschrift», «Prokura», «Handlungsvollmacht» und «Vollmacht».

Die Hierarchie entscheidet

Neben den Eigentümern eines KMU haben meistens auch die Geschäftsführer, Abteilungsleiter und einfachen Mitarbeiter unterschiedliche Unterschriftsberechtigungen und Befugnisse. Denn längst nicht alle Entscheidungen, die im Betrieb anfallen, kann der Unternehmer selber treffen. Gerade beim Einkauf, beim Verkauf oder sonstigen Verhandlungen mit Kunden ist es von Vorteil, wenn andere Personen bevollmächtigt werden, solche Tätigkeiten durchzuführen. So liegt beispielsweise im Anstellungsvertrag des Chauffeurs üblicherweise die Bevollmächtigung vor, auf der Fahrt anfallende Geschäfte wie Tanken und kleinere Reparaturen im Namen des Vertretenen vorzunehmen. Das Ausmass der verschiedenen Vollmachten ist im Obligationenrecht (OR) festgehalten.

Die Vollunterschrift

Eine umfassende Unterschriftsberechtigung haben der Inhaber einer Einzelfirma, die Gesellschafter einer Kollektivgesellschaft, die unbeschränkt haftenden Gesellschafter einer Kommanditgesellschaft, der Geschäftsführer einer GmbH und die Direktoren und zeichnungsberechtigten Verwaltungsmitglieder der Aktiengesellschaft und der Genossenschaft.

Sie zeichnen mit einer Vollunterschrift, können für das Unternehmen also alles rechtsgültig tun, was der Zweck der Gesellschaft mit sich bringen kann. Es muss zwingend im Handelsregister stehen, wer für eine Firma die «Vollunterschrift» führt.

Die Prokura

Wer von dem Inhaber eines Handels-, Fabrikations- oder eines anderen nach kaufmännischer Art geführten Unternehmens ausdrücklich oder stillschweigend ermächtigt ist, für ihn das Gewerbe zu betreiben und «per procura» die Firma zu zeichnen, ist Prokurist (das Wort stammt aus dem Lateinischen, von procurare, für



Die gesetzliche Regelung ist klar: Verträge und Offerten sollten nur mit entsprechender Zeichnungsberechtigung unterschrieben werden.

etwas Sorge tragen). Der Prokurist vertritt seinen Patron oder seine Firma praktisch wie der Chef. Er ist ermächtigt, «alle Arten von Rechtshandlungen vorzunehmen, die der Zweck des Gewerbes oder Geschäftes des Geschäftsherrn mit sich bringen kann.»

Zur Veräusserung und Belastung von Grundstücken ist der Prokurist aber nur ermächtigt, wenn ihm diese Befugnis ausdrücklich erteilt worden ist. Die Prokura kann auch mehreren Personen zu gemeinsamer Unterschrift erteilt werden. Man spricht dann von der Kollektiv-Prokura. In diesem Fall ist die Unterschrift des einzelnen Prokuristen ohne die vorgeschriebene Mitwirkung der übrigen nicht verbindlich.

Der Firmeninhaber hat die Erteilung der Prokura zur Eintragung in das Handelsregister anzumelden, wird

jedoch schon vor der Eintragung durch die Handlungen des Prokuristen verpflichtet.

Die Handlungsvollmacht

Wenn der KMU-Chef einem Mitarbeiter eine Handlungsvollmacht erteilt, kann dieser laut OR nur Verträge abschliessen und Vereinbarungen treffen, «die der Betrieb eines derartigen Gewerbes oder die Ausführung derartiger Geschäfte gewöhnlich mit sich bringt.» Er darf keine Wechsel unterzeichnen, keine Darlehen aufnehmen und auch keine Prozesse führen – ausser, ihm ist eine solche Befugnis ausdrücklich erteilt worden ist. Die Handlungsvollmacht wird nicht im Handelsregister eingetragen.

Die Vollmacht

Von einer Vollmacht spricht man schliesslich dann, wenn ein Ange-

stellter zur Vornahme einer ganz bestimmten Handlung ermächtigt wird. Das kann der Abschluss eines Vertrages sein, das Führen eines Prozesses, aber auch die Vertretung des Chefs an einer wichtigen Sitzung.

Lässt sich ein Unternehmer an einer Besprechung mit einem Geschäftspartner durch einen Bevollmächtigten vertreten, so kann der Partner davon ausgehen, dass der Bevollmächtigte zu allen traktandierten Fragen rechtsgültig Stellung nehmen kann, nicht aber zu überraschend aufgetauchten Problemen, mit deren Behandlung nicht zu rechnen war.

Matthias Engel

LINK

www.admin.ch/ch/d/sr/220/a458.html

VERTRAGSRECHT – Der Paragraphendschudel im Bereich des Arbeitsrechts ist besonders dicht. Besonders heikel sind die Anstellungsverträge.

Schriftliche Abmachungen statt Versprechungen

■ Was ist der Unterschied zwischen «Arbeitnehmer», «Unselbstständigerwerbenden» und «Selbstständigerwerbenden»?

Ein Arbeitnehmer ist aufgrund seines Arbeitsvertrags immer auch ein «Unselbstständigerwerbender». Beide Ausdrücke bezeichnen somit genau dasselbe. Ein Arbeitnehmer bzw. ein Unselbstständigerwerbender muss den Anweisungen seines Arbeitgebers auf Grundlage des Arbeitsvertrags nachkommen und sich in die fremde Arbeitsorganisation des Arbeitgebers eingliedern. Im Gegenzug trägt er kein Unternehmerrisiko und profitiert – im

Gegensatz zu einem Selbstständigerwerbenden – von diversen wichtigen Schutzbestimmungen und besonderen Sozialleistungen (z.B. bezahlten Ferien, Lohn bei Krankheit etc.). Selbstständigerwerbende (z.B. selbständige Rechtsanwälte, Architekten, Handwerker etc.) können ihre Arbeitsorganisation hingegen selbst bestimmen und sind gegenüber niemandem weisungsgebunden. Allerdings tragen sie hierfür das volle unternehmerische Risiko und profitieren nicht von oben erwähnten Schutzbestimmungen und Sozialleistungen.

■ Kann man vor Stellenantritt vom unterschriebenen Arbeitsvertrag zurücktreten?

Falls ein Arbeitgeber zurücktritt, so entspricht dies nach gerichtlicher Praxis einer «Kündigung am ersten Tag der Probezeit». Der betroffene Arbeitnehmer hat in diesem Fall nur Anspruch auf Lohn für den ersten Arbeitstag sowie für die Arbeitstage der Kündigungsfrist (während der Probezeit). Der Arbeitnehmer kann hier allerdings ebenfalls den Ersatz weiteren Schadens beanspruchen, sofern er diesen beweisen kann.

Für Arbeitnehmende ist ein Rücktritt grundsätzlich nicht möglich. Erlaubt ist er nur aus besonders wichtigen Gründen (etwa schwere Erkrankung oder Unfall.). Tritt der Arbeitnehmer die neue Stelle trotz eines rechtsgültig geschlossenen Arbeitsvertrags nicht an, so kann der Arbeitgeber (innert 30 Tagen seit Nichtantritt der Stelle) vom Arbeitnehmer einen Viertel des vereinbarten Monatslohnes als Entschädigung fordern. Zudem kann er den Ersatz weiteren Schadens fordern, sofern er diesen beweisen kann.

■ Was ist unter einem Arbeitsvertrag zu verstehen?

Ein Arbeitsvertrag bedarf grundsätzlich keiner bestimmten Form; er kann mündlich oder schriftlich rechtsgültig geschlossen werden. Aus Beweisgründen und um Missverständnisse zu vermeiden, empfiehlt es sich jedoch immer, den gesamten Arbeitsvertrag, zumindest aber die wichtigsten Vertragspunkte schriftlich zu fixieren: Das genaue Datum des Stellenantritts, die Höhe des Lohnes und sämtlicher Zulagen (Gratifikation, 13. Monatslohn, Provision etc.), die wöchentliche oder monatliche Arbeitszeit, Aufgabengebiet bzw. Stellung im Betrieb, Lohnfortzahlung bei Arbeitsunfähigkeit (bei Frauen auch während der Schwangerschaft), freiwillige Leistungen der Firma (Lohnnebenleistungen, zusätzliche Ferien, spezielle Vergünstigungen etc.) sowie Zusicherungen für zukünftige Verbesserungen (z.B. Lohnerhöhung, Einzelbüro, Firmenwagen etc.), sofern diese Ihnen nicht bereits bei Arbeitsaufnahme ausgerichtet werden können. Der Arbeitgeber ist zudem verpflichtet, seine Angestellten innerhalb eines Monats nach Vertragsbeginn über bestimmte wesentliche Vertragselemente wie Aufgabengebiet, Arbeitszeit und Lohn schriftlich zu informieren.

GUT ZU WISSEN

Hackordnung im Auto

Bei einer gemeinsamen Autofahrt sollte der Kunde, Geschäftspartner oder Vorgesetzte nicht hinten links sitzen. «Das gilt als der schlechteste Platz», erklärt die Etiketteexpertin Bettina Angerer. Wer zu dritt unterwegs ist, bietet den beiden anderen den Beifahrersitz und den Platz hinten rechts an und setzt sich hinter den Fahrer – oder fährt selbst. Hat ein Mitarbeiter die Aufgabe, einen Kunden oder Geschäftspartner abzuholen, bittet er diesen auf den Beifahrersitz, wenn das Verhältnis gleichberechtigt ist. Oder er bietet den Platz rechts auf der Rückbank an. Ähnlich ist es, wenn der Mitarbeiter den Kunden mit dem Taxi abholt: «Dann setzt er sich neben den Fahrer nach vorne und bittet seinen Gast nach hinten.» Nicht entscheidend ist laut Angerer dagegen das Geschlecht. «Im Auto bekommt nicht die Frau den Ehrenplatz, ausschlaggebend ist immer die Hierarchie.»

Die korrekte Vorstellung

Im Beruf ist es nunmehr üblich, dass eine Person sich nicht nur mit Vor- und Nachnamen vorstellt bzw. vorgestellt wird, sondern auch ihre Aufgabe in dieser Firma benannt wird. Darauf folgt üblicherweise eine Begrüssung per Handschlag.

Es hat sich eingebürgert, dass vor Beginn der Besprechung eine Visitenkarte überreicht wird, aus der man die korrekte Schreibweise des Namens ersehen kann und die vorzüglich als Gedächtnisstütze dient. Die Visitenkarte darf keinesfalls irgendwelche Beschädigungen aufweisen. Als Empfänger wirft man einen interessierten Blick auf die Karte, ehe man sie wegsteckt.

Gäste nicht warten lassen

Mitarbeitenden dürfen geschäftlichen Besuch nicht lange warten lassen. Das wirkt unhöflich, wie die bekannte deutsche Etikette-Trainerin Gabriele Krischel erläutert: «Alles, was über fünf Minuten hinausgeht, muss man erklären.» Auch sollte der Gastgeber den Besuchern sofort Bescheid sagen, wenn Verzögerungen drohen. Oder sie lassen am Empfang ausrichten, dass es später wird. Der Gast darf dann aber nicht einfach in der Eingangshalle stehengelassen werden. Man soll ihm unverzüglich eine Sitzgelegenheit und allenfalls etwas zu trinken anzubieten. Schlecht kommt es auch an, wenn Mitarbeitende beim Eintreffen des Gastes unvorbereitet sind und ihn dann warten lassen, weil sie etwa ihre Unterlagen noch holen müssen, betont Krischel. Eine kurze Unterbrechung zum Getränkeholen sei dagegen in Ordnung. So dürfte man den Gast ruhig kurz im Besprechungszimmer allein lassen, um ihm etwa einen Kaffee oder ein Wasser zu holen.



Auch im oft informellen KMU-Bereich ist Höflichkeit oberstes Gebot.

Signal zum Abschied

Bei geschäftlichen Essen und Feiern sind sich manche Gäste unsicher, wann es Zeit zum Aufbrechen ist. In solchen Fällen darf der Gastgeber andere höflich hinauskomplimentieren. Dazu sollte er ein sanftes Zeichen geben, dass der Anlass zu Ende geht. So kann der Gastgeber zum Beispiel «Es war ein schöner Abend» sagen und den Gästen ein letztes Getränk anbieten. Oder er fragt: «Wie kommen Sie nach Hause? Darf ich Ihnen ein Taxi rufen?» Nach der klassischen Knigge-Regel ist eine halbe Stunde nach dem Essen oder dem Kaffee der richtige Zeitpunkt, um sich zu verabschieden. Das gilt zumindest dann, solange der Gastgeber nicht andeutet, dass ein längeres Bleiben erwünscht ist.

FAX-INTERCOIFFURE – Weil die Frisierkunst in der Schweiz mehr geschätzt wird als in Deutschland, entschied sich Rolf Fax 1975 auszuwandern und einen berühmten Luzerner Coiffeursalons zu übernehmen.

Ein «Emigrant» aus Überzeugung

Manchmal scheitert eine Nachfolgeregelung im Familienbetrieb an der Einstellung der Kundschaft. Das hat auch der deutsche Haarkünstler Rolf Fax erfahren müssen (oder dürfen). Nachdem er mehrere Jahre als Coiffeur in

der Schweiz verbracht hatte, stand für ihn ausser Frage, den stattlichen elterlichen Betrieb in Westfalen zu übernehmen. Der Grund war simpel: Er hatte nämlich nicht nur die Schweiz, sondern auch seine Kunden liebgewonnen.

Ein Zögling von Albert Ryf

«1964 ging ich nach Zürich, um mich als Coiffeur weiter zu verbessern», erinnert er sich. Bereits sein Vater hatte einst in der Limmatstadt gearbeitet. Fax hatte das Glück, in Zürich auf den damals bekanntesten und erfolgreichsten Schweizer Coiffeur zu treffen. Der Luzerner Albert Ryf, der gegen 50 Coiffeurgeschäfte besass, erkannte sein Talent und setzte Rolf Fax in Zürich, St. Moritz und Arosa ein. «1967 fragte mich Ryf schliesslich, ob ich als Filialleiter die Verantwortung seines Luzerner Salons übernehmen und auf Vordermann bringen wollte», erzählt Fax. Das war ein Zeichen grosser Wertschätzung, zumal Ryf hier an der Gerbergasse 6 in Luzern seine Karriere als Erfolgsunternehmer gestartet hatte. Fax sagte zu und schaffte es innert weniger Monate, neuen Schwung ins Geschäft zu bringen. Als er 1968 auch noch mit Erfolg seine Meisterprüfung ablegte, tendierte er immer mehr dazu, in der Schweiz zu bleiben.

Höheres soziales Ansehen

«Ich erkannte, dass unser Berufsstand in der Schweiz ein höheres soziales Ansehen geniesst als in Deutschland», so Fax. «Ich kann hier Kundinnen bedienen, die einen auf ihre Persönlichkeit abgestimmten Haarschnitt zu schätzen wissen und auch bereit sind, etwas mehr dafür zu bezahlen.» Schweizerinnen seien im Coiffeurstuhl dankbarer als die deutschen Frauen und gäben einem eine zweite Chance, wenn ausnahmsweise etwas nicht optimal ablaufe.

So kam es, dass sein Vater 1975 das Geschäft im Westfälischen verkaufte, während sich Rolf Fax unabhängig davon in Luzern selbständig machte und Albert Ryf den Salon, den er acht Jahre lang erfolgreich als Filialleiter geführt hatte, abkaufte. Das 1977 in

«Fax-Intercoiffure» neu benannte Geschäft führt er mit grossem Erfolg bis heute. Dabei zeigte er Unternehmergeist auch ausserhalb des Kerngeschäftes: Seit einem umfassenden Umbau 1990 ist die Boutique seiner Frau in den Coiffeursalons integriert. Beatrice Fax, Anneliese Kaufmann und Susanne Brauchli zeigen neben ihrem Einsatz am Salonerempfang ausgewählte italienische Modetags wie Marella by Max Mara, le Tricot de Perugia sowie eine spezielle Hosenauswahl von Brax (siehe unten).

135 Salons in Luzern

Fax-Intercoiffure ist auf dem Platz Luzern bestens positioniert. «Wir verzeichneten auch in den beiden letzten, echt schwierigen Jahren Umsatzzunahmen», sagt Fax stolz. Dabei sei der Markt eng umkämpft. «Als ich mein Geschäft eröffnete, gab es in und um Luzern rund 35 Geschäfte. Heute sind es 100 mehr.» Seine Stammkundinnen und -kunden seien vorwiegend in der Stadt und der Agglomeration Luzern wohnhaft; manche würden für ihren neuen Haarschnitt aber auch aus anderen Kantonen anreisen. 90 Prozent der Kundschaft sind weiblich. «Männer sprechen wir mit unserem Geschäftskonzept bewusst nicht direkt an, aber wir freuen uns immer wieder, Partner oder Bekannte von Kundinnen bedienen zu können», so Fax.

Hochstehender Service

Rolf Fax und sein mittlerweile achtköpfiges Team bieten bewusst hochstehenden Service im oberen Preissegment an und lassen sich nicht auf den Preiskampf mit Billigketten ein. «Erstklassige Leistung steht bei uns an oberster Stelle», so der Geschäftsinhaber. «Wir sind seit 1977 Mitglied der Intercoiffure Schweiz und bekannt für hochstehenden Service und Ambiente», erklärt er. Dafür bilden sich Fax und seine Mitarbeitenden ständig weiter, dreimal im Jahr besuchen sie Seminare. Und die Lektüre aktueller Modemagazine wie «Vogue» und «Boléro» sowie der Fachzeitschriften aus Italien, Deutschland und der Schweiz sei sowieso Pflicht.

Langjährige Mitarbeiterinnen

Auch die Kontinuität sei wichtig, nicht nur auf der Chefposition. «Viele meine Mitarbeiterinnen sind schon seit Jahren im Betrieb, meist schon seit ihrer Lehre», freut sich Fax. Ihren Ruf, kreative Hairstylisten zu sein, haben sie sich nicht nur in Luzern erarbeitet. So hat beispielsweise Evelyne Nussbaumer für den Weltverband Intercoiffure in Paris, München und sogar auf dem Zuckerhut von Rio de Janeiro zauberhafte Frisuren geschaffen.

Um das Team immer wieder mit jungen Talenten zu verstärken, wird bei Fax-Intercoiffure viel Wert auf die Lehrlingsausbildung gelegt. Seit fünf Jahren ist dies eine der Hauptaufgaben von Rolf Fax' Stellvertreterin Sandra Wüest, die zusätzlich diplomierte Berufsbildnerin ist. Seitdem



Das Team ist durch Weiterbildung immer auf dem neusten Stand der Haarmodetechniken.

häufen sich die Ehrenmeldungen der Lernenden an den Lehrabschlussprüfungen.

Ausbildung optimiert

Mit Julienne Seiler, Mylene Trébèan und Lukas Dillier arbeiten derzeit gleich drei Nachwuchsteile im Betrieb mit. Sie wurden in einem internen Auswahlverfahren ausgesucht. Rolf Fax: «Jedes Jahr haben wir bis zu 40 Bewerbungen auf unsere Lehrplätze. Wir lassen viele von ihnen bei uns schnuppern, und zwar mindestens drei Tage lang. Gemäss einem umfassenden Anforderungsprofil müssen sie ihr Können unter Beweis stellen. Dabei wird längst nicht nur geprüft, wie geschickt sie sich beim Haarewaschen und Föhnen anstellen, sondern auch, wie redegewandt und freundlich sie im Umgang mit Kundinnen sind.» Gute Lernende seien mehr denn je ein Gewinn für das Geschäft. «Die Ausbildung ist viel besser geworden. Hatten viele früher doch einige Mühe, nach der Abschlussprüfung den fachlichen Anforderungen zu genügen, sind die meisten Jungen heute echt spitze», betont Fax.

Matthias Engel

LINK

www.fax-intercoiffure.ch

DAS UNTERNEHMEN

Der Salon an der Gerbergasse 6 wurde 1941 vom berühmten Luzerner Coiffeur Albert Ryf gegründet. 1967 übertrug er die Verantwortung an Rolf Fax, der nach mehreren Jahren als Filialleiter den Salon 1975 kaufte. 1977 fand er Aufnahme in die Organisation der weltbesten Haarkünstler Intercoiffure, weshalb der Salon seinen neuen Namen «Fax-Intercoiffure» bekam. 1990 wurde die zweigeschossige Ladenfläche komplett umgestaltet. Die Empfangshalle im Erdgeschoss ist seitdem als «Boutique Beatrice Fax» auch ein Verkaufsgeschäft für Damenmode. Rolf Fax beschäftigt heute fünf Mitarbeiterinnen sowie drei Lernende.



Das Team von Fax-Intercoiffure (v. l. n. r.): Anneliese Kaufmann, Rolf Fax, Julienne Seiler, Evelyne Nussbaumer, Mylene Trébèan, Lukas Dillier und Sandra Wüest. Es fehlen Jil Fanger und Susanne Brauchli.

Rolf Fax hat Telefondilemma elegant gelöst.

Erfolgreiches Shop-in-Shop-Konzept

Coiffeuren haben allgemein den Ruf, im Kundenkontakt besonders freundlich und aufmerksam zu sein. Und doch kann gerade während eines Besuches bei der Kundschaft das Gefühl aufkommen, zu wenig Aufmerksamkeit zu erhalten. Wenn ständig das Telefon klingelt und die Coiffeuse entsprechend immer wieder die Arbeit unterbrechen muss, um mit anderen Kundinnen den nächsten Termin zu vereinbaren, wird selbst die treueste Stammkundin ungeduldig. Zugleich kann es sich kaum ein Salonbesitzer leisten, eine Réceptionistin anzustellen, die den ganzen Tag sämtliche Terminanfragen entgegennimmt.

Rolf Fax hat dieses Telefondilemma vor 20 Jahren elegant gelöst. 1990 entschloss er sich, sein auf zwei Stockwerke aufgeteiltes Ladengeschäft umzubauen. Der Clou war dabei, dass der ebenerdige Eingangsbereich nicht länger bloss als Warteraum diente. «Da sich die Kundinnen aber nicht

gerne für alle sichtbar bei der Fensterfront frisieren lassen, musste ich eine andere Lösung finden», so der Geschäftsinhaber. Gemeinsam mit seiner Frau Beatrice entschied er sich für ein spezielles Shop-in-Shop-Konzept. So wurde der 35 Quadratmeter grosse Eingangsbereich zur Damenboutique umgestaltet, ohne dabei seine Funktion als Coiffeursalons-Réception zu verlieren. «Wer einen Haarschnitt wünscht, wird von unserer Empfangsdame und Modespezialistin Anneliese Kaufmann ebenso freundlich begrüsst wie diejenigen Frauen, die sich für unsere Mode interessieren», meint Rolf Fax. Zudem sei die Réceptionistin am Telefon ein wahrer Profi und behandle die Terminanfragen souverän in drei Sprachen.

Eigene Kleiderkollektion

Die Kundinnen sollen in der Boutique Kleidungsstücke entdecken, die in Passformen und ausgewählten Materialien speziell auf sie zugeschnit-



Anneliese Kaufmann ist Empfangsdame und Modespezialistin.

ten sind. Mit Le Tricot Perugia und Marella stehen zwei edle Marken aus Italien im Angebot. Und damit nicht genug: Unter dem Label «Beatrice Fax» hat die Inhaberin gar eine eigene Kollektion zusammengestellt, die sie in einer italienischen Schneiderei anfertigen lässt.

Das Konzept komme bei seiner Coiffeurkundschaft gut an – Rolf Fax spricht von einer «Win-win-Situation» für alle.

NEIN Entmündigung der Schweiz?

zur Entwaffnungsinitiative
am 13. Februar

www.waffeninitiative-nein.ch

www.protell.ch



Schwacher Euro – leiden die KMU?

Donnerstag, 27. Januar 2011 / 19.00 Uhr, Marriott Hotel, Neumühlequai 42, Zürich



Der Höhenflug des Frankens sorgt für Alarmstimmung. Noch nie war der Eurokurs so tief. Die Export-Wirtschaft steht nur kurz nach Bewältigung der Finanzkrise wiederum unter enormem Druck. Aber auch die Binnenwirtschaft und die vielen KMU spüren die Konsequenzen. Sind damit Arbeitsplätze gefährdet? Sollen Bundesrat und Schweizerische Nationalbank intervenieren? Ist die Anbindung des Frankens an den Eurokurs ein Lösungsweg – oder soll die Schweiz gar den Euro definitiv übernehmen? Diese und andere Fragen werden an diesem Anlass von prominenten Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik und Gewerkschaftskreisen diskutiert.

Währungspolitische Zusammenhänge

Daniel Kalt, Chefökonom UBS Schweiz

Der Euro – eine währungstechnische Fehlkonstruktion

Pierre Bessard, Direktor Liberales Institut

Podiumsdiskussion:

Hans-Ulrich Bigler, Direktor Schweizerischer Gewerbeverband sgv

Doris Fiala, Nationalrätin und Präsidentin Kunststoffverband Schweiz

Daniel Lampart, Chefökonom Schweizerischer Gewerkschaftsbund SGB

Leitung:

Peter Hartmeier, Leiter Unternehmenskommunikation UBS

Anschliessend sind alle Teilnehmenden zum Networking-Apéro eingeladen

Es laden ein:



Kunststoffverband Schweiz, Aarau



Liberales Institut, Zürich



UBS AG, Zürich



Schweizerischer Gewerbeverband sgv, Bern

Bewährtes
Mühleberg

JA

am 13. Februar

Damit Bern der Strom nicht ausgeht.

Am 13. Februar stimmt der Kanton Bern über seine Stellungnahme zum Ersatzkernkraftwerk Mühleberg ab. Die Schweizer KMU sind auf eine sichere und günstige Stromversorgung angewiesen. Dazu gehört auch Mühleberg!

www.muehleberg-ja.ch



MEDICAL WELLNESS – Die Gesundheit ist das höchste Gut des Menschen. Viele sind sich dessen bewusst und tun etwas dafür. Die Fitness- und Wellness-Branche hat Hochkonjunktur. Der neue Trendbegriff heisst Medical Wellness.

Eine Branche hat Hochkonjunktur



Bei der Hot-Stone-Therapie werden zusätzlich zur Wärme die heilenden Tiefenwirkungen verschiedener Steine ausgenutzt.

BILD WOHLBEFINDEN SCHWEIZ

Wie viele andere englische Wörter hat sich auch der Begriff «Wellness» in den letzten Jahren im allgemeinen deutschen Sprachgebrauch festgesetzt. «Wellness» wird allgemein mit Wohlbefinden gleichgesetzt und am häufigsten im Zusammenhang mit einem Urlaub verwendet, in dem sich Menschen bei Massagen, in Sprudeldächern und Saunen, beim Workout und mit feinem Essen und viel Schlaf

vom Alltagsstress erholen. In den letzten 20 Jahren hat sich daraus eine Urlaubsart entwickelt, die gerade in den Alpenregionen das ganze Jahr über für gewichtige Umsätze sorgt.

«Prinzip Selbstverantwortung»

Die Beliebtheit wächst und die Prognosen sind gut, denn das Bewusstsein der Menschen für die eigene Gesundheit steigt ebenso wie die Er-

kenntnis, dass ohne sie vieles Anderes seinen Wert verliert – ohne Gesundheit kein erfülltes und schon gar kein selbstbestimmtes Leben. Gleichzeitig steigen die Belastungen in der heutigen Arbeitswelt, die Menschen werden immer älter und die Kosten für das Gesundheitswesen sind kaum mehr unter Kontrolle zu halten. Das «Prinzip Selbstverantwortung» um die eigene Gesundheit und die Bekämpfung der Folgen einer immer anspruchsvolleren Leistungsgesellschaft ist durchaus zu würdigen.

Persönliche Gesundheit im Fokus

Die Wellness-Branche hat auf dieses gestiegene Bewusstsein reagiert. Sie bietet heute verstärkt nicht mehr nur Fitness- und Rundum-Verwöhnprogramme zwischen Leg-Press, Lomi-Lomi-Massage, Schönheitsbehandlung und 5-Gang-Menü an, sondern rückt unter dem Begriff «Medical Wellness» das Thema Gesundheit in den Mittelpunkt. Hotels und Kurhäuser positionieren sich neu und auch Fitnessstudios, einst als «Muckibuden» verschrien, sind vielfach zu eigentlichen Gesundheitszentren mutiert. In Ergänzung zur Schulmedizin setzt die Branche mit Medical Wellness auf Angebote, die sich besonders für den Erhalt, die Wiederherstellung oder die Förderung persönlicher Gesundheitsziele eignen.

Grundsätzlich definiert «Medical Wellness» eine Verknüpfung von touristischen und medizinisch-therapeutischen «Wellness»-Leistungen. Der Begriff grenzt aber Leistungen und Produkte aus, die sich nur



Auch die Ernährung soll zu einem nachhaltigen Wohlbefinden beitragen.

BILD WOHLBEFINDEN SCHWEIZ

im Bereich Wellness oder Tourismus ohne medizinischen Aspekt definieren.

Alter Wein in neuen Schläuchen?

Am Medical-Wellness-Kongress 2007 in Berlin wurde folgende Definition verabschiedet: «Medical Wellness beinhaltet gesundheitswissenschaftlich begleitete Massnahmen zur nachhaltigen Verbesserung der Lebensqualität und des subjektiven Gesundheitsempfindens durch eigenverantwortliche Prävention und Gesundheitsförderung sowie der Motivation zu einem gesundheitsbewussten Lebensstil.» So weit, so gesund. Ein eigentlicher Standard existiert allerdings nicht und die Gefahr, dass Anbieter ihre in die Jahre gekommenen Angebote unter einem anderen Begriff neu lancieren, ist nicht von der Hand zu weisen.

Änderung des Lebensstils

Etwas Licht ins Dunkel bringt Lutz Hertel, Vorstandsvorsitzender des Deutschen Wellness Verbandes. Er hat seine eigene Definition: «Für mich bezeichnet «Medical Wellness» nichts anderes als Verhaltensmedizin – «behavioral medicine» – denn es geht darum, medizinisch relevante Ergebnisse durch eine diagnostisch begründete Wahl von Verhaltens- und Einstellungsänderungen – kurz: Lebensstiländerungen – zu bewirken. Die entsprechende Änderung der Lebensweise wird jedoch nur dann mittel- und langfristig aufrechterhalten, wenn der Erwerb und die tägliche Praxis dieser alternativen Lebensweisen mit Genuss und Freude verbunden sind. Aus diesem Grunde findet der Begriff Wellness in diesem Zusammenhang seine Berechtigung.»

Untersuchung und Diagnose als Basis

Letztlich liegt es am Kunden, abzuwägen, ob das Wellness-Angebot den von ihm gewünschten zusätzlichen «Medical»-Aspekt auch wirklich berücksichtigt. Er kann sich aber an einigen Punkten orientieren. Ob Well-

ness-Hotel, Kurhaus, Reha-Zentrum oder Gesundheitszentrum: Wenn als «Medical Wellness»-Angebot betitelt, sollten dort Ärzte, Alternativmediziner, Naturheilkundler und therapeutisches Personal Hand in Hand arbeiten.

Am Anfang eines Aufenthaltes steht eine genaue Untersuchung und Diagnose, auf deren Basis die anschließenden klassischen wie auch alternativ-medizinischen Verfahren angewendet werden. Die Möglichkeiten sind vielfältig: Nach dem medizinischen Check-up schickt der Arzt den Gast eventuell ins Fitnessstudio, möglicherweise in die Akupunktur, zum Osteopathen, in die Reflexzonentherapie oder je nach Beschwerden auch in die psychologische Beratung. Die entsprechenden Experten beurteilen den Sachverhalt nochmals unter fachspezifischen Gesichtspunkten und beraten mit dem Gast – der in dieser Umgebung nicht ein Patient sein will – das weitere Vorgehen. Dies alles sollte in einer Atmosphäre stattfinden, die neben der Gesundheit auch die Erholung fördert und ein echtes Wohlbefinden erzeugt, das über den Aufenthalt hinaus auch im Alltag besteht und das Bedürfnis nach einer Änderung des Lebensstils nachhaltig unterstützt.

Therapie und Prävention

Medical-Wellness-Programme sind für Menschen mit Risikofaktoren, Übergewicht oder chronischen Erkrankungen geeignet, bei denen die Lebensführung einen grossen Einfluss auf Entstehung und Verlauf der Erkrankung hat. Die Angebote sollen aber nicht erst in Anspruch genommen werden, wenn der Rücken schmerzt, eine Infektion die nächste jagt oder sich Burn-out-Symptome bemerkbar machen. Medical Wellness greift früher und ist in diesem Sinne eben auch als Prävention zu verstehen – das Ziel lautet also, eine gesundheitliche Störung zu verhindern, die eines Tages vielleicht auftreten könnte.

Patrick Gunti

Positive Selbsteinschätzung in der Gesundheitsbefragung 2007. Schweizer fühlen sich gesund, aber...

Eine grosse Mehrheit der Schweizer Bevölkerung, nämlich 87 Prozent, schätzt ihren Gesundheitszustand als gut oder sehr gut ein. Dies geht aus der im November letzten Jahres veröffentlichten Schweizerischen Gesundheitsbefragung 2007 des Bundesamtes für Statistik hervor. Trotz dieser positiven Selbsteinschätzung litten 37 Prozent der Bevölkerung an Übergewicht und 8 Prozent davon an Fettleibigkeit. Bei den Männern gibt es deutlich mehr Übergewichtige als bei den Frauen. Gleichzeitig achtet nach eigener Einschätzung eine Mehrheit auf eine gesunde Ernährung, wobei Frauen mit 77 Prozent gegenüber Männern mit 63 Prozent mehr auf das Thema sensibilisiert sind.

Der Anteil der Bevölkerung, die in der Freizeit einer körperlichen Aktivität gemäss den Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) nachgeht, ist zwischen 2002 und 2007 von 36 Prozent auf 41 Prozent gestiegen. Männer sind dabei aktiv als Frauen, insbesondere in der Alterskategorie der 15- bis 34-Jährigen.



Am Anfang eines Medical-Wellness-Angebots steht eine genaue Untersuchung und Diagnose.

BILD WOHLBEFINDEN SCHWEIZ

Schmerzen weit verbreitet

Trotz der allgemein guten Einschätzung des Gesundheitszustandes verspürt ein Grossteil der Bevölkerung auch Schmerzen. Über einen Zeitraum von vier Wochen betrachtet, leidet ein Grossteil der Bevölkerung an körperlichen Beschwerden wie Rückenschmerzen, allgemeiner Schwäche, Kopfschmerzen, Einschlafstörungen oder Gelenk- oder Gliederschmerzen. Frauen sind von solchen Beschwerden stärker betroffen als Männer. Einige Beschwerden sind klar vom Alter abhängig: Ab dem 40. Altersjahr nehmen Gelenk-

oder Gliederschmerzen markant zu, während Kopfschmerzen deutlich weniger häufig auftreten. Über den Zeitraum von einem Jahr weisen 5 Prozent der Bevölkerung Symptome einer ernsthaften depressiven Störung auf. Dieser Prozentsatz unterscheidet sich kaum nach Geschlecht, Alter oder Bildungsstand und liegt im europäischen Durchschnitt. pg

LINKS

www.wohlbefinden.com
www.sdws.ch
www.sfcv.ch
www.wellnessverband.de

NEUORDNUNG IM SCHWEIZER FITNESSGESCHÄFT

In hunderten Fitness- und Gesundheitsstudios im ganzen Land halten sich Schweizerinnen und Schweizer in Form. Zu den führenden Anbietern gehört Fitnesspionier Werner Kieser. 18 Standorte unterhielt er bis Ende 2010 in der Schweiz, 150 sind es in Europa, Australien und Singapur. Die Kieser-Betriebe in der Schweiz wurden als Franchise geführt. Sie gehörten der Jost Thoma AG und wurden von Sandra Thoma geleitet. Nun ist dieser Franchisevertrag nicht erneuert worden, Thoma führt die Standorte aber unter dem Namen Exersuisse weiter.

Kieser startet nochmals durch

Kieser selbst geht mit sechs neuen Standorten an den Start: Den Betrieb aufgenommen haben bereits Studios in Zürich-Enge, Basel, Bern, Frenkendorf/BL und im thurgauischen Kreuzlingen. Ein weiterer



Kieser Training startet in der Schweiz nochmals durch.

BILD KIESER TRAINING AG

Zürcher Standort in Oerlikon folgt im Februar, ein drittes Standbein in Zürich ist ab September im Cubus des Prime Tower geplant. Und Kieser hat grosse Pläne: Innerhalb von drei bis fünf Jahren soll das Filialnetz auf 30 Betriebe ausgebaut werden.

pg

TRIBÜNE

In Frauen investieren

Unsere Gesellschaft und unsere Volkswirtschaft stehen vor grossen Herausforderungen: Wie können wir als kleines Land im internationalen Wettbewerb bestehen? Wie gelingt es uns, unsere Sozialwerke zu sichern? Ich bin überzeugt: Das geht nicht ohne Umdenken – und ohne Investition in die Frauen. Gelingt es uns, alle Ressourcen – auch diejenigen von Frauen – zu nutzen, so wird es uns auch gelingen, wettbewerbsfähig zu bleiben. Nur so fliessen unseren Sozialwerken die notwendigen Mittel – auch langfristig – zu. Gerade im Bereich der familienexternen Kinderbetreuung ist allerdings noch einiges zu tun. Fehlende Krippenplätze erschweren vielen Frauen, nach der Geburt weiterhin erwerbstätig zu bleiben. Dabei ist es doch volkswirtschaftlicher Unsinn, zuerst viel Geld in die Ausbildung der Frauen zu investieren, ihnen dann aber den Zugang zum Erwerbsleben zu verunmöglichen, wenn sie Mütter werden und nur ungenügende Betreuungsstrukturen vorhanden sind. Der zunehmende Trend insbesondere gut ausgebildeter Frauen, auf Kinder zu verzichten, muss uns alle sehr nachdenklich stimmen. Der Wirtschaftsstandort Schweiz hat daher alles Interesse daran, dass das Potenzial an gut ausgebildeten Frauen nicht brach liegt. Diese Problematik wird sich in den kommenden Jahren, wenn die geburtenstarken Jahrgänge in die Pension gehen und die Schweiz aus demographischen Gründen Arbeitskräfte braucht, mit aller Deutlichkeit zeigen.



Carmen Walker Späh* über den Wert der Frauen für den Wirtschaftsstandort Schweiz.

Mittelschicht in Bedrängnis

Familie und Beruf zu vereinbaren, ist deshalb eine der grössten Herausforderungen für unsere Gesellschaft. Die Nachfrage nach Betreuungsplätzen übersteigt bei weitem das Angebot, und Betreuungsplätze sind oft nur schwer finanzierbar. Das ist vor allem für Familien aus der Mittelschicht ein Problem. In der Wirtschaft gibt es immer noch zu wenig Arbeitsmodelle, die es erlauben, bis ins hohe Kader Teilzeit zu arbeiten. Das ist nicht nur für Mütter, sondern insbesondere auch für

Väter ein grosses Problem. Auch bei den Steuern werden Familien diskriminiert, und die unnötige Bürokratie im Bereich der Betreuungsstrukturen verhindert die dringend notwendige Schaffung zusätzlicher Plätze, dies trotz Millionensubventionen von Bern.

Leistung muss sich lohnen

Die Forderungen der liberalen Frauen sind klar: ■ Die Betreuungsstrukturen müssen so organisiert sein, dass sie finanzierbar sind – nach dem Prinzip «Leistung muss sich lohnen». Es darf nicht sein, dass ein ganzer Zusatzverdienst für Betreuungskosten und Steuern ausgegeben werden muss. Wir fordern innovative Lösungen wie zum Beispiel Betreuungsgutscheine und bekämpfen die Überregulierung des Betreuungsangebotes. Privat organisierte Hütedienste sind zu unterstützen und nicht staatlich zu regulieren (siehe überarbeitete bundesrätliche Verordnung zur Fremdbetreuung von Kindern).

■ Im Bereich der Steuern wollen die Familien entlastet werden. Gemäss dem Prinzip, dass der Staat jeden Bürger gleich behandeln muss, machen wir uns seit langem für die Individualbesteuerung stark. Weiter fordern wir den steuerlichen Maximalabzug für Betreuungskosten von 24 000 Franken.

■ Die Wirtschaft wird aufgefordert, Teilzeitmodelle bis ins hohe Kader anzubieten.

Schweizer Wirtschaft braucht Männer und Frauen

Als Präsidentin der FDP Frauen Schweiz ist für mich deshalb klar, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf das Kerngeschäft der liberalen Frauen bleibt. Nicht aus ideologischen, sondern aus volkswirtschaftlichen Gründen müssen wir gute Rahmenbedingungen schaffen. Denn die Schweizer Wirtschaft braucht Männer und Frauen zu gleichen Teilen, die bereit sind, im Arbeitsleben, in der Politik wie auch im Familienleben Verantwortung zu übernehmen. Als Familienfrau, Berufsfrau und Politikerin kenne ich diese Realität und will mit den FDP Frauen alles daran setzen, diese zu ändern – nicht zuletzt auch im Interesse des Schweizer Wirtschaftsstandortes.

*Carmen Walker Späh ist Zürcher Kantonsrätin und Präsidentin der FDP Frauen Schweiz.

Die Tribüne-Autoren geben ihre eigene Meinung wieder; diese muss sich nicht mit jener des sgV decken.

ECHO

Wofür Grüne und SP wirklich stehen

«Wer für KMU stimmte», sgz vom 14. Januar.

Der Artikel von Michael Hermann zeigte mir einmal mehr, wofür die Grünen und die SP stehen: Nicht für die, die arbeiten; die sogenannten Sozialen haben halt lieber solche, die sie bemuttern und füttern können. Die Kleinbetriebe (mein Mann führt ein Taxi-Unternehmen) sind bei diesen Politikern nichts mehr wert. Gott sei Dank kann mein Mann im Oktober die AHV beziehen. Denn seit er diesen Betrieb leitet, hat es dauernd, aber wirklich dauernd neue Vorschriften und Abgaben gegeben. Der Verdienst blieb in den letzten Jahren auf der Strecke. Wenn man die Rechnungen Ende Jahr betrachtet, die staatlich verordnet sind, kann man froh sein, dass man alt ist und diese Vorschriften und Abgaben links liegen lassen kann.

Verena Casagrande, Kilchberg

Miserabler Leistungsausweis der Politik

Zu den stets steigenden Krankenkassenprämien.

Beim neusten «Sorgenbarometer der Schweiz» steht die Angst vor weiterhin starken Zunahmen bei den Krankenkassenprämien an erster Stelle. Diese Sorge verdrängt die über Jahre an vorderster Front stehende Befürchtung vor einem Arbeitsplatzverlust!

Jährliche Anstiege der Krankenkassenprämien von bis zu zehn Prozent belasten die Haushaltsbudgets derart, dass viele potentielle Kunden den Einkauf bei KMU und Fachgeschäften nicht mehr vermögen, oder zumindest nicht mehr so oft. Man kauft somit vermehrt bei Billiganbietern oder im nahen Ausland ein. Und so beginnt ein Teufelskreis, indem damit etlichen KMU die Existenzgrundlage entzogen wird, und damit sehr oft Arbeitsplätze mit hoher Wertschöpfung, Lehrstellen, Substrat in den Regionen und ein Stück handwerklicher und örtlicher Kultur verloren gehen.

Und was macht die Politik in Bern und in den Kantonen? Herzlich wenig und wenn, dann ist es reine Pflasterlipolitik, welche unter dem Strich nichts bringt. Man redet und lamentiert, und wenn ein Sparpaket mit Aussicht auf Auswirkungen auf die Krankenkassenprämien vorliegt, wird es prompt von Lobbyisten von Pharmaindustrie, Apothekern, Ärzten und Privatspitälern mit Hilfe von Interessenvertretern versenkt!

Woran krankt das Gesundheitswesen meiner Meinung nach? Die Angebotspalette der Krankenkassen ist nach wie vor viel zu breit, die Wege zum Spezialisten sind zu lange, weil gespickt mit den vielfältigsten und oft unnötigen Untersuchungen, viele Routinefälle werden auf zu hohem Niveau behandelt, Ärzte sind oft mehr als generös beim Verschreiben von Arztzeugnissen, sprich Arbeitsausfällen, Medikamentenverpackungen sind zu gross und Schweizer Medikamente generell zu teuer etc etc! Dass im Gegenzug die Bevölkerung eine sehr hohe Erwartungshaltung an die medizinische Versorgung hat, ist bei den immensen Prämien irgendwie nachvollziehbar. Leider ist man dadurch aber nur selten bereit, eine Behandlung auf eine mögliche Kostenfolge zu hinterfragen.

2011 stehen Wahlen an. Es ist zu hoffen, dass die Wähler Kandidaten/innen und indirekt Parteien wählen, welche sich im Wahlkampf klar zu rigorosen Eingriffen ins kranke Gesundheitswesen aussprechen. Ebenso ist zu hoffen, dass sich Gewerbetreibende nicht immer «nur» um Finanz-, Verkehrs-, Wirtschafts- und Energiethemata bemühen, sondern im Gesundheitswesen versuchen, Pflöcke einzuschlagen, welche nachhaltige finanzielle Auswirkungen haben. Für uns KMU steht mehr auf dem Spiel, als landläufig angenommen wird!

Markus Kunz, Konditormeister, Frick

Applaus für Wahrheiten

«Was wir vom neuen Jahr erwarten», sgz vom 7. Januar.

Oh, hätte doch die Schweiz ein paar Hände voll solcher Mitbürger wie der Verfasser dieser «Tribüne»! In seinen Wünschen für 2011 wagt er Wahrheiten auszusprechen, die zwar viele auch wissen, aber nicht den Mut haben, sich zu äussern. Da kann ich länger applaudieren als beim schönsten Silvesterfeuerwerk.

Henry Müller, Aesch



«Familie und Beruf zu vereinbaren, ist eine der grössten Herausforderungen für unsere Gesellschaft», findet Carmen Walker Späh.

ZAHLEN DER WOCHE

Tiefe Jahreststeuerung

Im Jahr 2010 betrug die durchschnittliche Jahreststeuerung 0,7 Prozent. Das Preisniveau für Inlandgüter erhöhte sich im Durchschnitt um 0,6 Prozent, dasjenige für Importgüter um 0,9 Prozent. Angesichts der deutlichen Erstarkung des Schweizer Frankens erstaunt es auf den ersten Blick, dass sich die Importgüter stärker verteuerten als die im Inland produzierten. Dies ist in erheblichem Ausmass auf den sogenannten Basiseffekt beim Erdöl zurückzuführen. Erdöl erlitt im Jahre 2009 einen veritablen Preiseinbruch, der zur Folge hatte, dass die entsprechenden Preise 2010 vergleichsweise stark anstiegen. Stabile Preise bei weiterhin steigenden Löhnen: auf den ersten Blick kommt man zu Schluss, dass Herr und Frau Schweizer im vergangenen Jahr deutlich an Kaufkraft gewonnen haben. Ganz so rosig sieht es leider nicht aus. Schuld daran sind insbesondere auch die steigenden Krankenkassenprämien, die die durchschnittlichen Haushaltsbudgets immer stär-

ker belasten. Da der Landesindex der Konsumentenpreise ein reiner Preisindex ist, berücksichtigt er nur die Teuerung bei Medikamenten und me-

dizinischen Leistungen. Schuld an den überdurchschnittlich stark steigenden Krankenkassenprämien sind aber primär die Mengenausweitungen

sowie der technologische Fortschritt, zwei Komponenten also, die bei der Berechnung der Inflationsraten keine Berücksichtigung finden.

